

D-1 Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

Solidarität mit Israel und seiner Bevölkerung!

Am 07.10. hat die islamistische Terrororganisation Hamas, der Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und ggf. weitere, kleinere Gruppen einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist*innen. Durch diesen Angriff sind bereits weit über 1.000 in Israel lebende Menschen gestorben - wie viele Opfer es genau gegeben hat, weiß man noch nicht. Hunderte Menschen werden weiter vermisst, weil sie als Geiseln entführt wurden. Dieser brutale Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei all den Betroffenen, den Freund*innen, den Familien, den Hinterbliebenen. Unsere Gedanken sind bei all den Jüdinnen*Juden in Deutschland und weltweit, die in diesen Tagen noch mehr als ohnehin schon ihre eigene Sicherheit bangen.

Die islamistische Hamas hat und hatte nie die „Befreiung Gazas“ oder die „Befreiung Palästinas“, sondern nur die Auslöschung alles Jüdischen - oder was sie dafür halten - zum Ziel. Dieser Vernichtungsantisemitismus ist grauenhaft und findet in uns die größte Gegnerschaft. Im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung und als Antifaschist*innen sind wir solidarisch mit der israelischen Bevölkerung und Israel als Schutzraum jüdischen Lebens. Israel hat das Recht, seine Bevölkerung zu schützen, sich gegen diese Angriffe zu verteidigen und die Geiseln zu befreien.

Die perfide Strategie der islamistischen Feinde Israels

Die Hamas verwendet die Bevölkerung in Gaza als menschliche Schutzschilder. Sie positionieren ihre Stützpunkte in Schulen und Krankenhäusern und nehmen in Kauf, dass viele unschuldige Menschen sterben. Die Terroristen und ihre ideologischen Ziehväter aus dem Mullah-Regime im Iran wollen, dass dieses Leid und Bilder davon entstehen, um Israel dafür verantwortlich zu machen. Die Hamas verhindert, dass Menschen in Sicherheit gebracht werden, um diese für Propaganda gegen Israel zu verwenden.

31 Unschuldige Palästinenser*innen sollten nicht wegen des Terrors der Hamas, des
32 Islamischen Dschihad und schlussendlich auch des Mullah-Regimes leiden müssen
33 und sterben.

34 Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich und seine Bevölkerung zu
35 verteidigen. Mit diesem Recht geht auch die Pflicht einher, sich an
36 internationales Recht und Abkommen zu halten. Die Palästinensische Bevölkerung
37 hat gemäß der Osloer Veträge ein Recht auf Leben und Selbstbestimmung innerhalb
38 der autonomen Gebiete. Deshalb muss im Kampf gegen die Hamas der Schutz aller
39 Zivilist*innen, die humanitäre Hilfe der Menschen in Gaza und die Rückkehr in
40 die Autonomen Gebiete in Nord-Gaza so weit wie möglich gewährleistet werden.

41 Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Gaza

42 Wir sind solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die seit Jahren
43 unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und gerade jetzt
44 instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden
45 Palästinenser*innen, die in den letzten Tagen verletzt wurden, gestorben sind
46 oder sich nun auf der Flucht befinden. Infolge der israelischen Blockade von
47 Strom, Wasser und Treibstoff hat sich die humanitäre Lage in den letzten Tagen
48 immer weiter verschärft. Der Zugang zu Wasser, Medikamenten, lebensnotwendigen
49 Waren und humanitärer Hilfe muss deshalb dringend gewährleistet werden. Wir
50 begrüßen, dass die EU nun eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen in Gaza
51 eingerichtet hat und erwarten von allen in der Region nun maximale Bereitschaft
52 dazu, die humanitäre Situation zu verbessern. Außerdem braucht es jetzt dringend
53 sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen alle in der Region eine
54 Verantwortung.

55 **Das ist kein Widerstand, das ist Terror!**

56 Mit der Invasion und den grausamen Nachrichten und Bildern zeigt sich deutlich:
57 Frauen sind und waren immer wieder der Kriegsgewalt ausgesetzt. Diese Form
58 frauenfeindlicher, sexueller Kriegsgewalt ist nicht dem Islamismus vorbehalten.
59 Dennoch stellen sich die Israel angreifenden Islamisten damit in die Tradition
60 von islamistischen Organisationen wie al Qaida oder Daesh (auch "islamischer
61 Staat" genannt).

62 Die Hamas und der Islamische Dschihad sind in ihrer islamistischen Ideologie
63 zutiefst menschenfeindlich. Frauen, queere Menschen, marginalisierte Gruppen
64 oder religiöse Minderheiten und politischer Gegner*innen werden durch
65 grauenvolle Gewalt unterdrückt.

66 Die Hamas nutzt diese grauenvollen Angriffe auf Israel, um die
67 Friedensverhandlungen von Israel mit den arabischen Staaten zu sabotieren. Die
68 Hamas will mit diesem Angriff den Geldfluss zu ihren Machteliten sichern. Und
69 die Hamas setzt mit diesem Angriff auch den Willen des iranischen Regimes um.
70 Der Terror der Hamas soll eine friedliche Beilegung der Konflikte verhindern.
71 Wir verurteilen diesen Terror aufs Schärfste! Wir sind in Solidarität mit den
72

73 Palästinenser*innen, die sich für eine nachhaltige friedliche Koexistenz mit
74 Israel frei vom Einfluss des islamistischen Mullah-Regimes und jihadistischer
75 Gruppen einsetzen.

76

77 **Solidarität grenzenlos!**

78 Wir wissen, dass die Situation in Israel immer auch Auswirkungen auf
79 Jüdinnen*Juden weltweit hat. Wenn Israel attackiert wird, dann ist der Weg zu
80 brennenden Israel-Flaggen und Angriffen auf jüdische Einrichtungen weltweit
81 nicht weit. Mit Sorge beobachten wir eine Zunahme von Anfeindungen, Bedrohungen
82 und tätlichen Angriffen auf Jüdinnen*Juden und Synagogen. Wir erwarten, dass
83 Jüdinnen*Juden in Deutschland in den nächsten Tagen und Wochen ganz besonders
und effektiv geschützt werden.

84 **Wir weisen Rassismus entschieden zurück!**

85

86 Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf diejenige,
87 die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feiern, nun in den letzten
88 Tagen immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt wurde, ist
89 schäbig: In Deutschland lebende Muslim*innen kollektiv zu unterstellen, die
90 Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch. Auch die nun
91 zunehmenden Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus
92 bekämpft man nicht, indem man sich an rassistischen Scheidebatten beteiligt.

93

94

95 **Versammlungsfreiheit wahren - Antisemitismus entschieden ahnden!**

96

97 Wenn Menschen hier in Deutschland pauschal für ihre Trauer um die Menschen im
98 Gazastreifen und ihre Solidarität mit Palästinenser*innen kriminalisiert werden,
99 schafft das weitere Nährboden für islamistische Radikalisierung. Wir erwarten von
100 den Behörden hier, dass in der aktuellen Situation stets im Einzelfall abgewogen
101 wird, ob Demonstrationen stattfinden können oder verboten werden. Klar bleibt
102 jedoch, dass jegliche Form von Antisemitismus und Volksverhetzung nicht geduldet
103 werden darf und dass entsprechende Vorfälle unterbunden und geahndet werden
104 müssen.

105 Es ist richtig, dass die Bundesregierung Israel unterstützt: finanziell,
106 humanitär und auch militärisch. Etwa 200 Menschen sind gerade in Geiselhaft der
107 Hamas. Deutschland muss sich für die Rettung der Geiseln einsetzen. Das
108 Auswärtige Amt muss Menschen aus Israel mit Angehörigen in Deutschland bei der
109 Einreise unterstützen.

110 Die Bundesregierung muss alles in der Macht Stehende tun, um die Finanzierung
111 islamistischer Organisationen - von den Hamas über die Hisbollah bis hin zum
112 Regime im Iran - ein für allemal auszutrocknen. Dazu gehört für uns auch die
113 Schließung des islamischen Zentrums in Hamburg und des Zentrum der Islamischen
114 Kultur Frankfurt. Es ist gut, dass ein Betätigungsverbot die PFLP-

115 Vorfeldorganisation "Samidoun" auf den Weg gebracht wird, der Bundeskongress
116 erneuert in diesem Kontext außerdem die Forderung des Länderrates nach einer
117 Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation sowie einer
118 Beschlagnahmung jeglichen Vermögens, das mit Personen in Verbindung steht, die
119 den Revolutionsgarden zugeordnet werden können.

120 Frieden, Demokratie und Verständigung im Nahen Osten wird es langfristig nur
121 geben können, wenn sich prodemokratische, friedensorientierte und das
122 Existenzrecht Israels anerkennende Palästinenser*innen gegen die Hamas
123 durchsetzen können. Wir erwarten deshalb von der EU und von der Bundesregierung,
124 dass Gelder für Projekte und Institutionen in den palästinensischen Gebieten an
125 Organisationen fließen, die nachweisen, dass sie weder Hass noch Gewalt dulden
126 und für eine Normalisierung mit Israel eintreten. Die Gelder sollen der
127 Zivilbevölkerung zugutekommen, nicht islamistischen Gruppen. Außerdem müssen
128 sich die Lebensbedingungen für die Palästinenser*innen langfristig verbessern,
129 denn Armut und Perspektivlosigkeit sind ein Nährboden für Extremismus.

130 Die Kürzungen im Bundeshaushalt umfassen auch Mittel für Demokratieförderung,
131 wie die von HateAid, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Amadeo
132 Antonio Stiftung. Diese Kürzungen dürfen nicht vorgenommen werden! Im Gegenteil
133 braucht es massive Investitionen, auch in Bildungsprojekte gegen israelbezogenen
134 Antisemitismus und Projekte zum Austausch zwischen Menschen in Deutschland und
135 Israel. Darüber hinaus braucht es weiterhin Geld für Projekte, die den Dialog
136 von Betroffenen mit unterschiedlichen, persönlichen Bezügen in den Nahen Osten,
137 die in Deutschland leben, fördern.

138
139 Wir nehmen wahr, dass die jüngsten Geschehnisse im Nahen Osten viele Mitglieder
140 sehr umtreiben und viel Gesprächsbedarf dazu besteht. Der Bundesvorstand macht
141 sich Gedanken über Formate von Bildungsarbeit zu den aktuellen Geschehnissen im
142 Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, die ausreichend Raum für Dialog und
143 unterschiedliche Perspektiven geben.

144
145 Wir verweisen überdies auch auf unseren Beschluss "Nein zu jedem Antisemitismus"
146 vom 49. Bundeskongress.

147
148 **Wir stehen für universelle Menschenrechte - egal wo, egal für wen!**
149 **Gegen die Feinde der befreiten Gesellschaft und hoch die internationale**
150 **Solidarität mit Israel!**

J-1 Europa. Solidarisch. Grenzenlos.

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 21.10.2023
Tagesordnungspunkt: J Kampagnenjahr 2024

Antragstext

1 Unsere 10 Forderungen zur Europawahl-Kampagne

2 Unsere Jugend war viel zu viel Krise. Wir machen damit Schluss und nehmen unsere
3 Zukunft selber in die Hand. Im nächsten Jahr werden wir als Verband unsere
4 bisher größte Kampagne zu einer EU-Wahl auf die Straßen bringen: In mehr als
5 hundert Kreisverbänden mit tausenden Mitglieder! Dabei wollen wir als Grüne
6 Jugend weiter wachsen und mehr junge Menschen dazu bringen, sich für ihre und
7 unsere Zukunft einzubringen.

8 Im beschlossenen Kampagnen-Antrag (Länderrat, Juli 2023) haben wir die Grundzüge
9 unserer Kampagne festgelegt. Mit diesem Antrag beschließen wir die Forderungen
10 unserer Kampagne.

Wir fordern:

12 **1. Tax the rich - Millionärssteuer in ganz Europa einführen!** Während die
13 einen immer reicher werden, leben Millionen Menschen in Europa in Armut,
14 sozialer Unsicherheit und in Angst vor der Klimakrise. Für eine gerechte
15 Gesellschaft muss endlich umverteilt werden, denn: Wir können uns die
16 Reichen nicht mehr leisten!

17 **2. Europäisches Zukunftsprogramm für Stadt & Land!** Wir alle kennen das:
18 Graue, laute Städte und trostlose, leergefegte Dörfer. Wir wollen, dass
19 endlich wieder in die Orte investiert wird, die unsere Regionen lebenswert
20 machen: Jugendzentren, Parks, Bars und Clubs müssen endlich so gefördert
21 werden, dass sie eine Zukunft haben. Europaweit müssen zukunftsfeindliche
22 Schuldenbremsen abgeschafft werden!

23 **3. Mieten in ganz Europa deckeln.** Ob Berlin, Paris oder Madrid: Die Mieten in
24 Europas Metropolen steigen immer weiter. Während sich immer junge Menschen
25 fragen, ob sie sich das Leben in der Stadt noch leisten können, wird mit

26 Wohnraum spekuliert und große Wohnungskonzerne machen dicke Gewinne mit
27 unseren Mieten. Schluss damit: Wohnen muss bezahlbar bleiben, deckeln wir
28 endlich die Mieten!

29 **4. Ob Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe oder Energieversorgung: Schluss mit der**
30 **Privatisierung unserer Grundbedürfnisse.** Die letzten Jahrzehnte haben
31 gezeigt: Sparpolitik und Privatisierung unserer Grundversorgung haben
32 massiven Schaden angerichtet. Deshalb demokratisieren wir die
33 Daseinsvorsorge und holen sie zurück in die öffentliche Hand. Keine
34 Profite mit unseren Grundbedürfnissen!

35 **5. 10€ Ticket für ganz Europa & Verkehrswende aufgleisen!** Bus und Bahn müssen
36 in Europa massiv ausgebaut werden – sodass du überall schnell, bequem,
37 günstig und klimaneutral an Dein Ziel kommst, egal wo in Europa du wohnst.
38 Und weil Mobilität ein Grundrecht ist, muss es endlich europaweit für alle
39 bezahlbar sein!

40 **6. Grüne Energie – günstig und sicher für alle!** Verheizen wir unsere Zukunft
41 nicht weiter mit dreckiger Kohle und teurem Gas. 100% Erneuerbare Energie
42 bis 2035 für alle – so geht Energiesicherheit ohne, dass Du im kalten
43 sitzen musst. Grüner Strom und erneuerbare Wärme für alle sind machbar.

44 **7. Gute Schulen, gute Ausbildungen, gute Arbeitsbedingungen!** Wir sind die
45 Fachkräfte der Zukunft. Deshalb braucht es eine europaweite Offensive für
46 gut ausgestattete Schulen, sowie eine europäische Job- und
47 Ausbildungsgarantie! Und egal ob Schule, Uni oder Betrieb: Wir alle müssen
48 im Monat so viel zur Verfügung haben, dass wir davon gut leben können!

49 **8. Sterben im Mittelmeer beenden!** Staatlich oder zivil: Wir brauchen sofort
50 alle verfügbaren Schiffe, um Menschen vor dem Ertrinken zu retten!
51 Seenotrettung darf nicht weiter kriminalisiert werden. Wir fordern jetzt
52 eine gemeinsame europäischen Rettungsmission!

53 **9. Menschen schützen – nicht Grenzen!** Tausende Menschen harren unter
54 unwürdigen Zuständen an den europäischen Außengrenzen aus. Dort sollen nun
55 überall Lager wie in Moria errichtet werden. Statt Menschen immer weiter
56 zu entrechten, müssen Menschen durch das Asylrecht geschützt werden. Es
57 braucht sichere Fluchtwege statt Zäune und Stacheldraht! Wir kämpfen für
58 ein solidarisches Europa, das Menschenrechte schützt!

59 **10. Geflüchtete würdevoll aufnehmen!** Egal ob aus Kiew oder Kabul: Jeder
60 Menschen muss in unserer Gesellschaft würdevoll aufgenommen werden. Der
61 Zugang zu Sprachkursen und Jobs müssen wie die freie Wahl des Wohnorts
62 durch eine echte Unterstützung jedes Menschen garantiert werden.

J-2 Für einen Ost New Deal

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 21.10.2023
Tagesordnungspunkt: J Kampagnenjahr 2024

Antragstext

Von blühenden Landschaften keine Spur

1 Blühende Landschaften, Freiheit, Sicherheit - das waren die großen
2 Versprechungen nach der Wende. Während Reisefreiheit, stärkere gesellschaftliche
3 Freiheiten und freie Wahlen tatsächlich eingelöst wurden, zeigte sich schnell
4 auch die andere Seite der Wende: Große staatliche Unternehmen wurden von der
5 Treuhand zerschlagen und vier von fünf Ostdeutschen verloren nach der Wende ihre
6 Jobs. Dort, wo Menschen neue Arbeit fanden, waren ihre neuen Chefs vor allem
7 Investor*innen aus Westdeutschland, die weder die Betriebe noch die Menschen
8 kannten. Nach der Wiedervereinigung galt der Osten als Absatzmarkt für die
9 Maximierung der Gewinne von Westfirmen. Auch heute noch werden viele Gewinne aus
10 Wertschöpfung im Osten oft in den Westen oder ins Ausland abgezogen. Die
11 Ausgestaltung des Systemwechsels der ehemaligen DDR in die BRD fand über die
12 Köpfe der Menschen hinweg statt.
13

14 Während sich Macht- und Perspektivlosigkeit breit machten, hatten Neonazis
15 leichtes Spiel, den Frust für ihre menschenverachtenden Ideologien zu nutzen.
16 Bereits existierende Rechte Strukturen breiteten sich aus und wurden zum
17 Nährboden für weiteren Hass.
18 Gastarbeiter*innen und Asylsuchende wurden zur Projektionsfläche von Frust und
19 Ausweglosigkeit und damit Opfer brutaler Gewaltexzesse. Diese Gewalt, sowie das
20 migrantische Leben in Ostdeutschland, finden bis heute kaum Platz in der
21 ostdeutschen Geschichtsaufarbeitungen.
22
23
24

25 In der Erinnerung an die DDR stehen die Unterdrückungsmechanismen des SED-
26 Regimes, sowie die Überwindung derer durch die friedliche Revolution im Fokus.
27 Ergänzend dazu braucht es ein breiteres Befassen mit Alltag und Widerstand in
28 der DDR, sowie den Umbruchsprozessen nach 1989.

29 Mit der Wende wurde die DDR-Vergangenheit der Menschen kollektiv abgewertet, und
30 bis heute kommt die Erinnerung an die DDR in der Schule und im öffentlichen Raum
31 viel zu kurz.

32 **Der Frust einer ungleichen Wiedervereinigung bleibt bis heute**

33 Der ostdeutsche Durchschnittslohn ist immer noch deutlich niedriger, die
34 Tarifverträge für die gleiche Arbeit ebenfalls. Vermögen und Erbschaften sind
35 strukturell bedingt viel geringer als im Westen. Jobperspektiven, egal ob für
36 jung oder alt: Mangelware. Die Landeshaushalte sind klein, die Kommunen werden
37 weiter kaputtgespart. Der demografische Wandel trifft besonders die
38 strukturschwachen Gegenden im Osten.

39 Rechte Parteien und Organisationen werden bereits seit Jahren immer stärker.
40 Während viele Deutsche immer wieder auf "den Nazis im Osten" rumhacken, wird die
41 politische Linke im Osten immer schwächer. Für uns als GRÜNE JUGEND ist zudem
42 klar: Die allgemeine Abwertung der Menschen im Osten muss ein Ende haben. Nicht
43 alle Menschen im Osten sind rechts - doch die sozialen und geschichtlichen
44 Hintergründe machen sie besonders anfällig dafür. Die aktive Zivilgesellschaft
45 ist immer noch sehr klein und da wo es sie gibt, arbeitet sie unter den
46 widrigsten Umständen: Schlechte Finanzierung, weite Distanzen und vor allem
47 immer stärkere Anfeindungen bis hin zur Gewalt von Rechts gehören für Linke in
48 Ostdeutschland zum Alltag.

49 **Wir überlassen den Osten nicht den Rechten und kämpfen für einen Ost New Deal.**

50 **Gleiche Löhne für gleiche Arbeit**

51 Auch nach über 30 Jahren Deutscher Einheit ist die materielle Ungleichheit
52 zwischen West und Ost enorm. Ein wesentlicher Faktor für diese Ungleichheit sind
53 die bis heute fortbestehenden Lohnunterschiede. Diese Ungerechtigkeit trägt
54 entscheidend dazu bei, dass Menschen in Ostdeutschland das Gefühl haben, ihre
55 Leistung sei weniger wert. Ein wesentlicher Grund für die Lohnunterschiede ist
56 die deutlich geringere Tarifbindung. Gerade deshalb haben Arbeitskämpfe eine
57 zentrale Bedeutung für das gute Leben im Osten. Voraussetzung dafür ist, dass
58 mehr Menschen im Osten in Gewerkschaften eintreten und selbst für gute
59 Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und eine aktive Beteiligung in
60 Strukturwandelprozessen kämpfen. Wir als GRÜNE JUGEND unterstützen deshalb die
61 Gewerkschaften im Osten umso mehr auf dem Weg zu mehr Tarifbindungen und in den
62 Arbeitskämpfen gegen die Ungleichheiten zwischen Ost und West.

63 **Raus aus der Kohle: Den klimaneutralen Umbau gemeinsam mit den Beschäftigten** 64 **gestalten**

65 Seit Jahren ist klar: Der Braunkohletagebau und die Kohleverstromung in den
66 ostdeutschen Revieren haben keine Zukunft mehr. Ständig führen uns
67 Extremwetterereignisse vor Augen, wie dringend wir die eskalierende Klimakrise
68 stoppen müssen. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die Branche
69

70 selbst gehen inzwischen von einem marktgetriebenen Kohleausstieg deutlich vor
71 2038 aus. Wer dennoch weiter auf Braunkohleförderung setzt, setzt auf
72 Deindustrialisierung, soziale Krisen und riskiert unsere Zukunft. Doch unter
73 welchen Bedingungen der Kohleausstieg stattfindet und wie Perspektiven für die
74 Menschen und Regionen geschaffen werden können, liegt in unserer Hand. Wir
75 wollen keinen Strukturwandel, der von Konzernen und ihren Profiterwartungen
76 getrieben wird, sondern eine regionale Entwicklung, in der die Menschen in der
77 Region und die Beschäftigten der Braunkohleindustrie selbst die Treiber*innen
der Veränderungsprozesse sind.

78 **Den Rahmen für einen gerechten Strukturwandel setzen**

79 Einen Strukturwandel im Sinne der Menschen kann es nur geben, wenn die
80 Rahmenbedingungen für einen gerechten Wandel stimmen. Mit einer Statusgarantie
81 könnte sichergestellt werden, dass alle Beschäftigten der fossilen Industrien
82 neue Jobs mit vergleichbaren Tarifbedingungen erhalten. Mit einer allgemeinen
83 Jobgarantie könnten gut bezahlte Jobs in den Kommunen entstehen und so
84 Vollbeschäftigung und Stabilisierung in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs
85 erreicht werden. Status- und Jobgarantie können die notwendige Sicherheit
86 bieten, um optimistisch auf den Wandel blicken zu können. Darüber hinaus braucht
87 es mehr langfristige Aus- und Weiterbildungsangebote für die Menschen in den
88 Transformationsbranchen. Nicht zuletzt müssen durch eine planende und
89 vorausschauende Industriepolitik und durch eine Stärkung der Daseinsvorsorge
90 viele neue gut bezahlte und mitbestimmte Jobs entstehen. Dabei muss klar sein:
91 Wann immer der Staat Unternehmensrisiken abfedert oder sich selbst finanziell
92 beteiligt, muss auch öffentlicher Wohlstand unter demokratischer Kontrolle
93 entstehen.

94 **Ausbau der erneuerbaren Energien**

95 Damit der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung so schnell wie möglich
96 passiert, ohne ganze Regionen zu deindustrialisieren, ist entscheidend, dass das
97 Potenzial der erneuerbaren Energien in Ostdeutschland vollumfänglich genutzt und
98 der Ausbau schneller als bisher vorangetrieben wird. In Ostdeutschland gibt es
99 viele Flächen, auf denen problemlos im Einklang zwischen Mensch und Natur
100 erneuerbare Energien gebaut werden können. Wir wollen, dass der Ausstieg aus
101 fossiler Energieerzeugung und der Einstieg in die Erneuerbaren zum Ausgangspunkt
102 der Demokratisierung unserer Energieerzeugung wird: Wir finden: Unternehmen, die
103 erneuerbare Energien produzieren, gehören in die Hände der Menschen vor Ort.

104 **Kohlekonzerne in die Verantwortung nehmen**

105 Kohlekonzerne, die durch massive Umweltzerstörung enorme Gewinne eingefahren
106 haben, haben eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit. Wir finden deshalb:
107 Die Ewigkeitslasten müssen von den Konzernen selbst getragen werden. Sie müssen

108 dafür sorgen, dass die Braunkohleflächengebiete auch der Natur durch Renaturierung
109 zurückgeführt werden. Die Transformation der ehemaligen Tagebaue hinzu einer
110 neuen Nutzung muss an die Herausforderungen des Klimawandels, insbesondere der
111 Wasserknappheit, angepasst werden. Es ist die Pflicht der Betreiber, Pläne für
112 die Sanierung vorzulegen und diese auch umzusetzen und auszufinanzieren. Es
113 dürfen keine Steuergelder als Entschädigungen an Braunkohleunternehmen fließen.

114 **Strukturwandel heißt auch: Das gute Leben vor Ort**

115 Junge Menschen ziehen weg, die Grundversorgung mit Ärzt*innen,
116 Lebensmittelgeschäften, Internet oder ÖPNV ist kaum gegeben oder im Rückbau. Wo
117 kein Markt ist oder die klammen Kassen der Kommunen keine Spielräume lassen,
118 werden die Daseinsvorsorge zurückgebaut und Menschen zurückgelassen - den
119 ländlichen Raum trifft das besonders hart. Was es braucht, ist eine Politik, die
120 die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Ostdeutschland endlich wieder in den
121 Mittelpunkt stellt. Voraussetzung dafür ist, dass Länder und Kommunen finanziell
122 stabiler aufgestellt werden und dass der Aufbau einer starken Daseinsvorsorge in
123 öffentlicher Hand zur zentralen Säule in Strukturförderprogrammen wird.

124 **More passion more energy more footwork**

125 Ziel unserer Kampagnen zu den Landtags- und Kommunalwahlen 2024 im Osten ist,
126 eine stärkere gesellschaftliche Linke in Ostdeutschland zu organisieren. Dafür
127 wollen wir die reale Lebenssituation von jungen Menschen adressieren und
128 langfristig neue Mitglieder für den Verband gewinnen.

129 Dafür heißt es im kommenden Jahr: Neue Wege gehen!
130 Wir wollen uns stärker mit Gewerkschaften vor Ort zusammentun und sie mit der
131 Klimabewegung an einen Tisch bringen. Dafür kann #WirFahrenZusammen ein guter
132 Ausgangspunkt sein. Wir brauchen Aktionsformate, die im ländlichen Raum und mit
133 wenig Mitgliedern funktionieren. Eine Kampagne lebt von der Sichtbarkeit ihrer
134 Teilnehmer*innen und von den vielen Gesprächen. Dafür braucht es im nächsten
135 Jahr sowohl Sicherheitskonzepte als auch Ansprachetrainings.

136 **Nie ohne unser Team!**

137 Wir brauchen den gesamten Verband, um wirklich schlagkräftig zu sein. Mit einer
138 guten Vorbereitung der Kampagne zur Europawahl wollen wir Aktionsformate
139 entwickeln, die - thematisch angepasst - unkompliziert auch im Kommunalwahlkampf
140 einsetzbar sind.

141 Wir wollen insbesondere die Ost-Landesverbände aktiv bei der Schulung ihrer
142 Mitglieder zur Europakampagne unterstützen, da die in diesen Schulungen
143 erworbene Skills auch für die folgenden Landtagswahlkampagnen von hoher
144 Bedeutung sind. Eine große Kampagne kann am Ende des Tages nicht ohne viele
145

146 Hände geschehen! Deshalb werden wir Wahlkampf Besuche in den entsprechenden
Landesverbänden einplanen.

147 **Als GRÜNE JUGEND warten wir nicht auf die blühenden Landschaften, sondern**
148 **erkämpfen sie selbst!**

K-1 Den Fortschritt selbst in die Hand nehmen!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 21.10.2023
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

Antragstext

1 Das letzte Jahr war hart: Preissteigerungen, Mieterhöhungen, explodierende
2 Heizkosten, aber stagnierende Löhne, Bafög-Sätze und Ausbildungsvergütungen.
3 Gleichzeitig haben immer mehr Menschen Angst vor den Auswirkungen der Klimakrise
4 und ihrer persönlich unsicheren Zukunft ohne rosige Perspektiven. Dieser Zustand
5 ist kein Zufall, sondern ein Produkt der liberalen Ampel-Politik, die die
6 soziale Frage außen vor lässt und die Klimakrise nicht ernst nimmt. So
7 frustrierend das auch ist, so klar ist auch: Genauso wie dieser Zustand durch
8 die politischen Umstände zu erklären ist, ist er auch veränderbar.

Die Ampel regiert auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

10 Vor zwei Jahren ist die Ampel als selbsternannte Fortschrittskoalition
11 angetreten. Heute müssen wir feststellen, dass von Fortschritt nicht viel übrig
12 geblieben ist. Große Vorhaben der Ampel wurden so weit abgeschliffen bis von
13 ihnen kaum noch etwas übrig ist. Die Ampel plant so wenig Geld für die
14 Kindergrundsicherung ein, dass es unklar ist, wie Kinderarmut damit ernsthaft
15 angegangen werden soll. Die Ausbildungsgarantie lässt weiterhin tausende junge
16 Menschen ohne Ausbildungsplatz zurück. Die Bafög-Reform fällt Lindners Sparkurs
17 zum Opfer. Der Mindestlohn wird nur im Cent-Bereich angepasst. Das Bürgergeld
18 ist eine schlechte Kopie von Hartz IV. Während der vorgezogene Kohleausstieg im
19 Rheinland dank des skandalösen Deals mit RWE nicht die Emissionsminderungen
20 bringen wird, die nötig wäre, gibt es für den Strukturwandel im Osten immer noch
21 keinen Plan, in den die Menschen vor Ort Vertrauen setzen. Gleichzeitig
22 verpasste die Regierung die Chance, ihr beliebtestes Klimaprojekt, das 9€-
23 Ticket, fortzuführen.

24 Die Ampel ist eine Regierung des kleinsten gemeinsamen Nenners und mit diesem
25 kleinen Nenner lassen sich kaum gemeinsame Interessen finden. Appelle an die
26 Ampel, man solle sich weniger streiten und einiger auftreten, sind absurd, denn
27 wer kaum etwas gemein hat, der ist zum Streiten verdammt.

28 Solange die Ampel aber die soziale Frage ausspart, verlagern sich die

29 gesellschaftlichen Konflikte von „unten vs. oben“ zu „innen vs. außen“. Rechte
30 nutzen diese gesellschaftliche Stimmung und spielen die Ärmsten gegeneinander
31 aus. Darunter leiden oft vor allem marginalisierte Gruppen: Rassismus nimmt zu
32 und die gesellschaftliche Stimmung gegenüber Flüchtenden kippt immer weiter.
33 Anstatt sich für Antidiskriminierung stark zu machen, gießen Konservative und
34 Liberale Wasser auf die Mühlen der Rechten. Die gemeinsame Abstimmung der CDU-
35 und FDP-Fraktion im Thüringer Landtag machte deutlich, wie sehr die Brandmauer
36 zur AfD bröckelt. Gleichzeitig sollen immer mehr Ländern zu sicheren
37 Herkunftsstaaten erklärt werden, was tausende Menschen wissentlich in Gefahr
38 bringt. Diese Entwicklungen sind ein Sicherheitsrisiko für Menschen auf der
39 Flucht und hier vor Ort. Das nehmen wir nicht hin!

41 Die von rechts angeheizte Konkurrenz zwischen den Ärmsten ist eine logische
42 Konsequenz unsozialer Politik und führt dazu, dass gesellschaftlichen Mehrheiten
43 für Klimaschutz, Solidarität oder gesellschaftspolitische Errungenschaften
44 bröckeln. Während Rechte mit ihren Kulturkämpfen die gesellschaftliche Stimmung
45 kippen wollen, stehen wir zusammen.

46 Außerdem erleben wir, wie die gesellschaftliche Stimmung, angeheizt durch
47 konservative und rechtspopulistische Kräfte, kippt. Aus einfachen Parolen
48 entstehen tätliche Angriffe auf politisch Aktive, wie beispielsweise in den
49 Landtagswahlkämpfen in Bayern und Hessen. Selbst das unfassbare Verhalten von
50 Hubert Aiwanger im Umgang mit dem antisemitischen Flugblatt wird in dieser
51 aufgeheizten Stimmung zum Kulturkampf und das Festhalten an ihm als Minister
52 widerspricht allen bisherigen Grenzen. Dieser gesellschaftlichen Spaltung wollen
53 wir entgegenwirken.

54 Vernünftig und gerecht wäre, diejenigen zu besteuern, die in den letzten Jahren
55 Übergewinne gemacht haben, Millionen mit Mieteinnahmen verdient haben und deren
56 Millionenvermögen selbst in der Krise weiter gewachsen sind. Stattdessen werden
57 Empfänger*innen von Bürgergeld gegen Geringverdiener*innen und in Armut lebende
58 Rentner*innen gegen Asylbewerber*innen ausgespielt.

59 **Es braucht eine andere Politik!**

60 Angesichts dieser Entwicklungen bräuchte es dringend eine andere Politik, die
61 sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und somit allen ein gutes Leben
62 ermöglicht. Dafür fordern wir:

- 63 • **Tax the rich!** Während die Superreichen immer reicher werden, können wir
64 uns nicht mehr als Nudeln mit Pesto leisten. Das darf so nicht sein: Wir
65 können uns die Superreichen nicht mehr leisten! Wir fordern eine echte
66 Millionärssteuer! Für eine gerechte Besteuerung müssen alle Wege in
67 Betracht gezogen werden: Vermögen, Einkommen und Erbschaft.

- 68 • Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse - und noch dazu ökonomisch
69 vollkommen unvernünftig. **Die Schuldenbremse gehört ersatzlos abgeschafft,**
70 stattdessen brauchen wir sofort massive Investitionen in eine
71 klimagerechte Zukunft.
- 72 • **Kommunen und Demokratieförderung stärken!** Für das Gute Leben vor Ort
73 braucht es mehr Geld! Nur so kann es lebendige Jugendzentren, Sport und
74 Kulturangebote, eine würdevolle Unterbringung für Geflüchtete, Integration
75 und bezahlbaren Wohnraum und gerechten Klimaschutz vor Ort geben. Deswegen
76 müssen die Kommunen endlich von ihren lähmenden Altschulden befreit werden
77 und dauerhaft viel größere finanzielle Spielräume erhalten. Die chronische
78 Unterfinanzierung von Jugendarbeit und Demokratieförderung im Projektstil
79 muss ein Ende haben - Institutionen, Vereine und Initiativen, die dem
80 solidarischen Miteinander dienen, müssen dauerhaft und verlässlich
81 finanziert werden.
- 82 • **Eine Mega-Offensive in Bus und Bahn!** Fahrpläne werden zusammengekürzt,
83 Bus- und Bahnfahrer*innen arbeiten unter schlechten Bedingungen und
84 niedrigen Löhnen und nicht mal für das 49€-Ticket ist die langfristige
85 Finanzierung gesichert. Um diesen Umstand zu ändern, brauchen wir dringend
86 mindestens 16 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr für den ÖPNV und eine
87 Verdopplung des Bus- und Bahnangebots bis 2030!
- 88 • **Das Klimageld muss sofort kommen!** Gerade in Zeiten, in denen
89 gesellschaftliche Mehrheiten für Klimaschutz auf der Kippe stehen, müssen
90 die Menschen für den steigenden CO2-Preis ausreichend entlastet werden.
91 Das Klimageld darf nicht zum nächsten ausgehöhlten Ampel-Projekt werden!
- 92 • **Bezahlbarer Wohnraum für alle!** Während die Mietpreise weiter explodieren
93 und die Wohnungsnot nicht bekämpft wird, machen Wohnungskonzerne und ihre
94 Aktionäre dicke Gewinne. Damit muss Schluss sein! Deshalb fordern wir
95 einen bundesweiten Mietendeckel und eine Offensive bei kommunalem und
96 genossenschaftlichem Wohnungsbau. Wohnen ist ein Grundrecht und damit
97 sollte niemand Profit machen dürfen. Deshalb darf Wohnen nicht dem Markt
98 überlassen werden. Große Wohnungskonzerne gehören vergesellschaftet!
- 99 • **Ausbildungsvergütung und Bafög an die Inflation anpassen!** Wir haben ein
100 würdevolles Leben verdient, auch in Zeiten unserer Ausbildung.

- 101 • **Mindestlohn auf 15 Euro anheben:** Die 41 Cent Erhöhung sind blanker Hohn.

102 **Ein gutes Leben ist möglich – wenn wir es uns erkämpfen!**

103 Wir wissen: Die richtigen Forderungen zu haben, reicht nicht aus. Wir können uns
104 nicht darauf verlassen, dass die Ampel von alleine ihre Politik ändert. Deshalb
105 nehmen wir es selbst in die Hand und organisieren den Druck, der für eine
106 gerechte Politik notwendig ist! Im kommenden Jahr machen wir das hauptsächlich
107 mit zwei großen Projekten:

- 108 • Wir stellen zu den **Kommunal-, Landtags- und Europawahlen im Jahr 2024** die
109 Verteilungsfrage! Als Grüne Jugend werden wir die Wahlen nutzen, um unsere
110 Forderungen auf die Straße und in unsere Nachbarschaft zu tragen und dort
111 mit vielen neuen, jungen Menschen ins Gespräch zu kommen – darüber, was
112 sie frustriert, was wir für ein gutes Leben brauchen und dass wir es
113 gemeinsam erkämpfen können. So begeistern wir junge Menschen, mit uns
114 gemeinsam politisch aktiv zu werden. **Wir wollen mehr werden!**

- 115 • Wir sind überzeugt davon, dass wir uns mit vielen hinter unseren
116 gemeinsamen Interessen verbünden können. Deshalb suchen wir in den
117 nächsten Wochen und Monaten den gemeinsamen Schulterschluss mit der
118 Klimabewegung und den Beschäftigten im Nahverkehr in der Kampagne
119 **#WirFahrenZusammen**. Zusammen setzen wir uns für massive Investitionen in
120 den ÖPNV ein und unterstützen die Beschäftigten in ihrem Arbeitskampf, in
121 dem wir ihnen die dringend notwendige Solidarität organisieren.

122 Wir können und werden nicht weiter dabei zusehen, wie die Ampel keine soziale
123 Politik macht findet und massenhaft besorgte Menschen zurücklässt. Wir wissen,
124 dass ein gutes Leben für alle möglich ist und dass wir es uns gemeinsam
125 erkämpfen müssen. Dafür werden wir im Kampagnenjahr 2024 und im
126 **#WirFahrenZusammen-Winter** auf die Straße gehen und bei uns vor Ort aktiv sein!

K-3 Solidarität grenzenlos!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 21.10.2023
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

Antragstext

1 Massive Brände in Griechenland, Kanada und auf Hawaii. Gleichzeitig verheerende
2 Unwetter und Überflutungen in Deutschland, Kalifornien und Libyen - abwechselnd
3 mit extremer Hitze und Trockenheit. Die Klimakrise ist überall angekommen. Dass
4 die Antwort hierauf nicht nur auf nationaler Ebene erfolgen kann, ist
5 mittlerweile allen bewusst.

6 Genauso ist es mit anderen globalen Krisen: Menschen müssen sich entscheiden, ob
7 sie in Kriegsgebieten bleiben oder sich auf eine möglicherweise tödliche Flucht
8 begeben. Während die Konzentration von Vermögen in den Händen weniger immer
9 weiter zunimmt, müssen sich Milliarden Menschen weltweit fürchten, dass es kein
10 soziales Sicherungsnetz gibt, was sie auffängt.

11 Immer mehr Nationalstaaten wollen Probleme nur national und auf Kosten anderer
12 lösen. Für uns ist aber klar: **Es braucht wieder mehr internationale Solidarität**
13 **– Es braucht einen starken Internationalismus!**

14 Die Welt, die uns umgibt...

15 Die Globalisierung hat zweifelsfrei Vorteile gebracht: Ein steigendes
16 Warenangebot, weltweite Austauschprogramme, mehr internationale Kommunikation
17 und noch vieles mehr. Allerdings ist die Kehrseite der Globalisierung
18 unübersehbar: Globale Konzerne versetzen Beschäftigte weltweit in
19 Lohnkonkurrenz, ganze Sektoren wandern vom einen auf den anderen Tag ab und
20 lassen Millionen Menschen arbeitslos zurück, im internationalen Wettbewerb
21 werden Gewerkschaften nach und nach geschwächt, weltweit zerstören
22 Riesenkonzerne unsere Lebensgrundlage und weltweit wird der gesellschaftliche
23 Wohlstand vor allem hin zu einigen wenigen Superreichen umverteilt. Diese
24 Entwicklung ist eine Konsequenz des globalen Kapitalismus, der große Konzerne
25 immer weiter begünstigt, anstatt den Bedürfnissen der Menschen nachzukommen.

26 Die Auswirkungen des globalen Kapitalismus werden an den Finanzmärkten so

27 deutlich wie an kaum einem anderen Ort: Einzelne Investmentfonds können durch
28 den Kauf eines Unternehmens entscheiden, ob morgen Arbeitsplätze gekürzt
29 werden. Überall auf der Welt werden Boden und Natur zu einer Finanzanlage, die
30 ausgebeutet wird und dazu führt, dass Menschen vertrieben werden. Selbst die
31 Wohnungen, in denen wir leben, gehören immer häufiger großen Wohnungskonzernen,
32 die Profite mit unserer Miete machen. Diese Umstände sind eine Konsequenz von
33 Finanzmärkten, in denen riesige Mengen an Geld in Millisekunden hin- und
34 hergeschoben werden und am Ende Einfluss auf unser Leben hat.

35 Während Konzerne auf der Suche nach günstigeren Steuern im Eiltempo nationale
36 Grenzen überwinden können, sind es die Menschen, die an denselben Grenzen nach
37 ihrer Verwertbarkeit durchgelassen werden. Wer als Arbeitskraft „wertvoll“ ist
38 oder wer es „verdient“ zu fliehen, wird an kapitalistischen Maßstäben gemessen.
39 Der Ruf von Arbeitgebern nach erleichterter Fachkräfteeinwanderung wird immer
40 lauter, während Stimmung gegen diejenigen gemacht wird, die im Angesicht von
41 Kriegen und Krisen bisher nicht die Chance auf eine Ausbildung hatten. Dabei ist
42 es gerade die historisch gewachsene Ungerechtigkeit, die ganze Regionen in
43 Abhängigkeit und Krisen bis hin zu Kriegen stürzt und Menschen dazu zwingt, ihre
44 Heimat zu verlassen.

45 Im Angesicht dieser Krisen und Ungerechtigkeiten tragen Regierungen kaum zu
46 ihrer Eindämmung bei. Anstatt der Ausbeutung von Mensch und Natur ein Ende zu
47 setzen, werden Deals über grünen Wasserstoff in Nordafrika, Minen in Chile oder
48 LNG in Katar abgeschlossen. Gleichzeitig stützen internationale Institutionen
49 wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank koloniale Dynamiken und
50 Abhängigkeiten des Globalen Südens vom Globalen Norden, indem sie eine
51 ungerechte Sparpolitik durchsetzen, die auf Kosten der Menschen vor Ort geht.
52 Auch die Europäische Union ist daran unbeteiligt. Erst zuletzt haben wir am
53 Migrationsdeal mit Tunesien gesehen, dass die EU sogar bereit ist, Deals mit
54 Autokraten einzugehen, die einen rassistischen Polizeistaat führen, um die
55 Migrationsbewegung zu unterbinden. Und anstatt im Angesicht multipler globaler
56 Krisen in Krisenprävention, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit auf
57 Augenhöhe zu investieren, müssen wir einem globalen Hochrücken und einer
58 zunehmenden Blockkonfrontation in die Augen sehen.

59 Angesichts der globalen Krisen sehen wir in immer mehr Ländern die Tendenz zu
60 abschottenden Nationalstaaten. Das kann aber nicht die Lösung sein! Denn das
61 Problem liegt nicht in der Globalisierung an sich, sondern am globalen
62 Kapitalismus. Deshalb ist unsere Antwort: Solidarität und Internationalismus!

63 **Die Welt, für die wir kämpfen...**

64 Wir wollen in einer Welt leben, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt
65 leben können, unabhängig davon, wo sie geboren sind. Wir wollen in einer Welt
66 leben, in der niemand von Zuhause fliehen muss.

67 Wir wollen eine Welt, in der die Grundbedürfnisse aller Menschen jederzeit
68 gewährleistet sind. Alle Menschen auf der Welt verdienen es, frei von Hunger zu
69 leben, eine gute Gesundheitsversorgung zu haben, ein Dach über dem Kopf und eine
70 gute Anbindung an alles, was sie zum Leben brauchen.

71 Wir wollen in einer friedlichen Welt leben. Frieden ist für uns mehr als die
72 Abwesenheit von Waffengewalt, es ist die Abwesenheit von Gewalt und Herrschaft
73 übereinander. Das bedeutet sowohl, dass Autokraten keine Angriffskriege starten,
74 als auch dass alle Menschenrechte jederzeit gewahrt sind - auch die Sozialen.

75 Wir wollen in einer Welt leben, in der die planetaren Grenzen unserer
76 Lebensgrundlage geachtet werden, sodass jetzige und kommende Generationen
77 überhaupt die Aussicht auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Solidarität haben
78 können.

79 Wir wollen eine Welt, in der weder Menschen noch Staaten in ständiger Konkurrenz
80 zueinander stehen. Wir wollen eine Welt, in der wir kooperieren, um das
81 bestmögliche Leben für uns alle zu schaffen. Wir streben eine Welt an, die nicht
82 durch nationalstaatliche Grenzen definiert ist, sondern durch die globale
83 Gemeinschaft aller.

84 Wir wollen in einer demokratischen Welt leben, in der Menschen über alles, was
85 sie betrifft, mitentscheiden können und in der Antidemokraten keine Chance mehr
86 haben.

87 **Wir kämpfen für eine gerechte Welt!**

88 Diese Vorstellung einer gerechten Welt wird sich nicht morgen realisieren
89 lassen. Wir sehen aber an so vielen Orten weltweit, wie Menschen diese Umstände
90 nicht hinnehmen wollen: Die mutigen Menschen im Iran, die für Freiheit,
91 Gleichheit und Demokratie gegen das brutale Regime auf die Straße gehen, die
92 Beschäftigten des GKN-Werkes in Florenz, die ihre Fabrik gegen die Pläne eines
93 britischen Investmentfonds besetzen, die Beschäftigten bei Amazon, die sich
94 global über Grenzen hinweg gegen prekäre Arbeitsverhältnisse organisieren und
95 Klima-Aktivist*innen in Bosnien, die sich gemeinsam mit den Minenarbeiter*innen
96 gegen ausländische Investitionen und für gute, klimafreundliche Arbeitsplätze
97 organisieren. Sie alle schlagen zurück gegen die Auswirkungen des globalen
98 Kapitalismus und auch wir sind ein Teil davon! Wir stehen solidarisch an der
99 Seite derer, die sich für eine gerechte Welt und gegen Autokraten einsetzen. Für
100 uns ist deshalb auch klar: Wir stehen weiter solidarisch an der Seite der
101 Menschen in und aus der Ukraine!

102 Wir kämpfen weiter für eine gerechte Welt. Als internationalistischer
103 Jugendverband kämpfen wir für ein gutes Leben aller Menschen - egal ob in

104 Bogotá, in Baku oder in Berlin. Auch wenn wir mit den Bergleuten am
105 Steinkohletagebau in Kolumbien auf den ersten Blick nur wenig gemein haben,
106 haben wir ein gemeinsames Interesse daran, dass unsere Bedürfnisse anstatt die
107 Profitinteressen einiger weniger im Mittelpunkt stehen. Deshalb lassen wir uns
108 nicht spalten. Dass wir in einer Welt voller Ungerechtigkeiten leben, liegt
109 nicht am Konflikt zwischen Menschen im Globalen Norden und Globalen Süden,
110 sondern am Konflikt zwischen Profitinteressen auf der einen und unseren
111 Bedürfnissen auf der anderen Seite.

112 Bei der Lösung dieser Ungerechtigkeiten, können wir uns nicht auf die
113 Regierungen verlassen. Während Staaten in außenpolitischen Auseinandersetzungen
114 in der Regel versuchen, das Beste für ihr Land und die Profitabilität ihrer
115 einheimischen Wirtschaft rauszuholen, geht es uns um ein gutes Leben für alle -
116 nicht nur in Deutschland. Allzu oft wird das aber von einflussreichen
117 Regierungen aufs Spiel gesetzt. Die deutsche Bundesregierung spielt oft eine
118 besondere, aber keine besonders gute Rolle. Sei es die Abschottung an den EU-
119 Außengrenzen, Kooperationen mit autokratischen Staaten, die Menschen im eigenen
120 Land und in Nachbarregionen bekämpfen oder die unsoziale Sparpolitik, die
121 Deutschland und die EU anderen Regierungen aufzwingt - Internationale
122 Solidarität bedeutet für uns auch, dass wir uns gegen diese Art von Außenpolitik
123 zur Wehr setzen und hier in Deutschland Druck für Veränderung machen.
124

125 Der Schutz, die Unterstützung und die Förderung der Demokratie müssen zu einem
126 zentralen Element der Außenpolitik und der Außenbeziehungen der EU werden. Es
127 braucht eine aktive Unterstützung pro-demokratischer Bewegungen durch die EU.
128 Dafür braucht es eine europäische Koordination, die alle Möglichkeiten
129 identifizieren soll, Wege zu finden, solche Bewegungen zu unterstützen. Dafür
130 braucht es finanzielle Mittel, welche flexibel und langfristig zur Verfügung
131 gestellt werden, um eine Planung und Anpassung an die sich ständig entwickelnden
132 Bedürfnisse der Bewegungen zu gewährleisten. Dabei sollen neben Dissident*innen
133 und Aktivist*innen auch Gewerkschaften und Akteure der Zivilgesellschaft sowie
134 demokratiefördernde Medien finanziell unterstützt werden. Zudem sollen
135 europaweit Möglichkeiten zur Vernetzung, Zusammenarbeit und Strategieentwicklung
136 für diese angeboten werden. Wir stehen dafür ein, jedem Menschen seine Rechte
137 und Würde zu garantieren. Dieses universalistische Menschenbild wollen wir mit
138 den beschriebenen Maßnahmen unterstützen und erkämpfen. Unabhängig davon, wo
139 Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu erhalten, um ihre
140 grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir streiten dafür,
141 dass jeder Mensch das Recht auf Hilfe hat!

142 Um stark genug dafür zu sein und um genügend Druck für eine bessere Welt - hier
143 vor Ort und überall anders - machen zu können, müssen wir viele sein. Deshalb
144 arbeiten wir an einer starken linken gesellschaftlichen Bewegung, die in der
145 Lage ist, politische Entscheidungen im Sinne aller Menschen weltweit zu
146 beeinflussen. Für uns ist klar: Internationale Solidarität ist immer
147 unumstößlicher Grundsatz unseres politischen Aktivismus - dafür machen wir Druck

148 und dafür wollen wir junge Menschen begeistern.

P-1 Arbeitsprogramm 2024 - grenzenlos solidarisch!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: P Arbeitsprogramm

Antragstext

Einleitung

Das vergangene Verbandsjahr war geprägt von Konflikten - ob Lützerath, GEAS-Reform oder Schuldenbremse. Immer wieder sind wir als Grüne Jugend, als Teil der politischen und gesellschaftlichen Linken, in Opposition gegangen zur aktuellen Politik. Diese Konflikte waren nicht immer einfach, doch haben sie uns als Verband weiter zusammenwachsen lassen und unser Selbstverständnis als eigenständige Jugendorganisation gestärkt. Für wirkliche politische Veränderung, für eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen braucht es Druck von außen!

Dieses Jahr war auch eines der Weiterentwicklung unserer Analysen: wir haben unser internationalistisches Profil geschärft und unser Verständnis dafür, wie unsere politische Praxis mit Kämpfen über alle Landesgrenzen hinweg zusammenhängen kann.

Mit diesen Erfahrungen im Gepäck brechen wir auf in das Kampagnenjahr 2024, in dem wir die anstehenden Wahlkämpfe nutzen werden, weiter an einer starken Organisation und einer starken Linken zu arbeiten, die in der Lage ist, echte Verbesserungen zu erkämpfen!

Bildungsarbeit

Bildungsarbeit ist eine der zentralen Aufgaben der Grünen Jugend. Nur wenn wir die Verhältnisse um uns herum verstehen, können wir sie kritisieren und Wege zur Veränderung finden. Es ist unsere Aufgabe, allen Mitgliedern auf allen Ebenen und mit den verschiedensten Wissens- und Erfahrungsständen die Möglichkeit zu geben, sich weiterzubilden und die eigene Analyse weiter zu schärfen. Dafür wollen wir auch im kommenden Jahr viele Möglichkeiten bieten.

25 **Frühjahrskongress**

26 Der Frühjahrskongress ist unser zentraler Ort für die Bildungsarbeit im
27 Verbandsjahr. Dort widmen wir uns den zentralen Fragen unserer Zeit und
28 entwickeln eine gemeinsame Analyse des Status Quo - und wie es anders sein
29 könnte. In der Vorbereitung auf die Europawahl wollen wir einen Schwerpunkt auf
30 die Europäische Union und unser Verhältnis zu ihr setzen.: Woher kommt die EU
31 eigentlich? Was wird uns durch die EU ermöglicht? Und welche Kritikpunkte haben
32 wir aus einer linken Perspektive an ihr? Was sind Handlungsspielräume für uns?
33 Wie wirken sich europäische Finanz-, Klima- und Migrationspolitik auf das Leben
34 von uns allen aus? Und was hat eigentlich neoliberale Politik mit all dem zu
35 tun?

36 Auch wird es wieder viele Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Kennenlernen
37 geben. Darüber hinaus werden wir den kommenden Frühjahrskongress als gemeinsamen
38 Auftakt für die heiße Phase unserer Kampagne zur Europakampagne nutzen.

39 **Sommerakademie**

40 Auf der Sommerakademie 2024 wollen wir Hürden für positive politische
41 Veränderung in den Blick nehmen und uns Fragen, wie ein besseres Morgen aussehen
42 kann. Vieles verändert sich, häufig jedoch nicht zum Besseren - warum ist das
43 so? Wieso bedeutet ein Mehr an staatlichen Eingriffen nicht zwangsläufig ein
44 Mehr an Gerechtigkeit, Freiheit und demokratischer Mitbestimmung? Wieso sind
45 autoritäre Kräfte im Aufwind? Was hindert Menschen daran, die Verhältnisse zu
46 erkennen, zu verstehen und zu verändern? Durch ein Verständnis davon wollen wir
47 unsere Analysen als Verband schärfen, unsere Strategiefähigkeit erhöhen und
48 gemeinsam Visionen entwickeln, wie es anders sein könnte!

49 **Mitgliedermagazin**

50 Das Mitgliedermagazin als fester Bestandteil unserer Bildungsstrategie wird im
51 kommenden Jahr erneut zweimal erscheinen. Anknüpfend an die Kampagne zur
52 Europawahl wird sich die erste Ausgabe mit den Kampagnenschwerpunkten
53 auseinandersetzen und hier eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung damit
54 bieten.

55 Die zweite Ausgabe beschäftigt sich ausgehend von der aktuellen politischen Lage
56 im kommenden Jahr mit der Notwendigkeit zur Aufbau einer starken Linken, gerade
57 in Zeiten des schwindenden Vertrauens in die Möglichkeit zur Veränderung und des
58 Erstarkens rechter Kräfte.

59 Es sollen weiterhin Formate erarbeitet, erprobt und weitergeführt werden, wie
60 die über:morgen als dezentrales Mittel der Bildungsarbeit in der gesamten Breite
61 des Verbandes gelesen und diskutiert wird. Die über:morgen soll, sowohl physisch

62 als auch digital, noch weiter im Verband verankert werden.

63 **Bildungsarbeit und Landesverbände**

64 Im vergangenen Jahr haben wir als Verband beschlossen, dass Landesverbände in
65 Zukunft vor allem die Grundlagenbildung für die Breite des Verbands stemmen
66 werden - und das mit vollem Erfolg! Mit zahlreichen Workshops auf
67 Landesmitgliederversammlungen, Seminarwochenenden und Bildungscamps zeigt der
68 Verband, wie gute Grundlagenbildung im gesamten Verband aussehen kann. Hierbei
69 wollen wir den nächsten Schritt gehen und insbesondere Landesvorstände und
70 Bildungsteams auf Landesebene stärken, ausbilden und dazu befähigen, unsere
71 gesamtverbandliche Bildungsstrategie weiter mit Leben zu füllen. Dabei werden
72 insbesondere das Bildungsteam auf Bundesebene gemeinsam mit Trainer*innen und
73 Bundesvorstand tatkräftig unterstützen.

74 **Trainer*innen**

75 Durch die Ausbildung von mehr als 30 neuen Trainer*innen auf Bundesebene konnten
76 wir als Verband große Schritte in der Professionalisierung unserer Bildungs- und
77 Ausbildungsarbeit auf allen Ebenen gehen: Egal ob für methodische und
78 inhaltliche Schulungen zur Kampagne, für Klausurmoderationen, für Workshops vor
79 Ort oder Vermitteln von Grundlagen auf dem Frühjahrskongress. Zudem wollen wir
80 die Trainer*innen im Verband bekannter machen, um an allen Orten strategisch
81 kluge und gut konzipierte Bildungsarbeit möglich zu machen - unabhängig von
82 finanziellen Ressourcen der Kreis- und Landesverbände.

83 Für die Weiterbildung der Trainer*innen wollen wir sowohl online als auch in
84 Präsenz Formate anbieten - insbesondere um sie als methodische und inhaltliche
85 Multiplikator*innen für die Europakampagne zu befähigen, diese in die Breite des
86 Verbandes zu tragen.

87 **Unsere politische Praxis**

88 Unsere politische Praxis ist ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit als Grüne
89 Jugend.

90 Wir glauben, dass gesellschaftliche Veränderung dann geschieht, wenn sich viele
91 Menschen zusammenschließen und der Protest von den unterschiedlichsten Menschen
92 mitgetragen wird. Deswegen fokussieren wir uns darauf, nicht nur an Regierende
93 zu appellieren oder die nächste Online-Petition aufzusetzen, sondern langfristig
94 mehr Menschen zu politisieren und langfristig einzubinden.

95 Wie das aussehen kann, probieren wir für uns immer wieder neu aus.

96 Mit unserem Organizing Projekt haben wir wichtige Lehren daraus gezogen, was es

97 braucht, damit Grüne Jugend Kreisverbände vor Ort politische Konflikte gewinnen
98 können und wo auch Hürden für konkrete Kämpfe vor Ort bestehen. Im nächsten Jahr
99 wollen wir unsere Praxis auch anhand dieser Learnings weiterentwickeln und vor
100 allem die anstehenden Kampagnen dafür nutzen, viele neue Menschen für die Grüne
101 Jugend zu begeistern, sie einzubinden und ihnen einen Ort zu ermöglichen, an dem
102 sie konkret für politische Veränderungen vor Ort kämpfen können.

103 **Unser Hauptziel: Mehr werden!**

104 Politische Veränderung funktioniert vor allem dann, wenn wir viele sind. Es
105 macht einen Unterschied, ob eine Klimademo an 5, 10, 50 oder 100 Orten
106 stattfindet und ob sich gegen die nächsten Haushaltskürzungen 500 oder 500.000
107 Menschen zusammenschließen. Deswegen ist unser Hauptziel, als Grüne Jugend neue
108 Mitglieder zu gewinnen und dafür zu sorgen, dass unsere bestehenden Mitglieder
109 noch aktiver werden. Im nächsten Jahr bieten sich viele Chancen dafür, eine neue
110 Generation junger Menschen dafür zu begeistern, ihre Zukunft selbst in die Hand
111 zu nehmen und politisch aktiv zu werden!

112 **Unsere Europakampagne**

113 2024 steht die Europawahl an. In Zeiten von multiplen Krisen, die ohne
114 tiefgreifende politische Veränderung weder national noch international gelöst
115 werden, kann unsere Einstellung zu einer Europäischen Union, die neoliberale
116 Prinzipien institutionalisiert hat, niemals unkritisch sein. Deshalb wollen wir
117 mit unserer Kampagne klar machen: Für ein gerechtes Europa muss sich viel ändern
118 - und es beginnt bei uns vor Ort! Seit der letzten Europawahl 2019 hat sich für
119 die Grüne Jugend einiges verändert. Wir haben unsere Mitgliederzahlen
120 verdoppelt. Wir haben uns vor Ort verankert und haben nicht trotz, sondern
121 gerade aufgrund der Regierungsbeteiligung der Grünen einen starken Schwerpunkt
122 auf Bewegungs- und Basisarbeit gelegt. Wir sind stärker geworden und wollen
123 diese Kraft im nächsten Jahr für unsere Kampagne nutzen, um für ein anderes
124 Europa einzustehen!

125 Eine Kampagne funktioniert nur, wenn alle zusammenarbeiten und an einem Strang
126 ziehen, aber uns gleichzeitig unserer unterschiedlichen Aufgaben bewusst sind.
127 Die Kampagne findet vor allem vor Ort statt. Dort können wir junge Menschen
128 ansprechen und direkt dort abholen, wo sie gerade stehen. Gleichzeitig schaffen
129 wir es durch eine einheitliche Kampagne im ganzen Bundesgebiet auch, mehr
130 Aufmerksamkeit für unsere Themen und Forderungen zu generieren. Landesverbände
131 unterstützen dabei die Kreisverbände bei der Umsetzung der Kampagne vor Ort. Das
132 Kampagnenteam gestaltet die Kampagne aus und unterstützt die Landesvorstände bei
133 dem Zuschnitt auf ihren Verband. Die Trainer*innen helfen bei der methodischen
134 und inhaltlichen Ausbildung.

135 Anfang des kommenden Jahres machen wir uns fit für die Kampagne. Wir nutzen die
136 Kreisverbands-Landesverbands-Treffen, die Landesmitgliederversammlungen und
137 Workshops in den Kreisverbänden, um uns sowohl inhaltlich als auch methodisch
138 fit zu machen! Mit unserem Frühjahrskongress mit dem Themenschwerpunkt Europa
139 starten wir dann gemeinsam in die letzten sechs Wochen der Kampagne.

140 Im Rahmen der Kampagne zur Europawahl werden wir unsere Öffentlichkeitsarbeit
141 auf allen Ebenen weiter professionalisieren. So können methodische Schulungen
142 dabei helfen, die Öffentlichkeitsarbeit im gesamten Verband zu verbessern, um so
143 noch mehr Menschen zu erreichen und zu begeistern. Hierbei werden den
144 Sprecher*innen der jeweiligen Ebene als Gesichter der Kampagne eine besondere
145 Rolle zukommen, auf die sie im Rahmen von Schulungen z.B. bei Bundesvorstands-
146 Landesvorstands und Kreisvorstands-Landesvorstands-Treffen vorbereitet werden.
147 Das neue Corporate Design, das nach der Kampagne als gesamtverbandliches
148 Corporate Design weitergenutzt werden soll, sorgt hierbei für einen hohen
149 Wiedererkennungswert. Damit es schnell von allen genutzt werden kann, wird es
150 dazu eine Vielzahl an Schulungsangeboten geben.

151 **Weitere Wahlen**

152 Im Frühjahr finden in neun Bundesländern Kommunalwahlen gleichzeitig zur
153 Europawahl statt. Gemeinsam mit den jeweiligen Landesverbänden und dem
154 Kampagnenteam werden wir Wege entwickeln, wie sich Kampagnen sinnvoll verbinden
155 lassen und dabei nicht die spezifischen Themen der einzelnen Länder, Landkreise
156 und Städte verloren gehen.

157 Im Herbst finden in Sachsen, Thüringen und Brandenburg außerdem Landtagswahlen
158 statt. Diese Wahlen gehen uns alle etwas an! Umfragen zeigen auch jetzt schon,
159 dass die rechtsextreme AfD massive Gewinne verzeichnen wird. Umso wichtiger ist
160 es, jungen Menschen ein Angebot zu machen, sich für eine solidarische
161 Gesellschaft einzusetzen und gemeinsam mit uns dem Rechtsruck etwas entgegensetzen
162 zu können.

163 Als gesamter Verband unterstützen wir daher die Landesverbände Sachsen,
164 Thüringen und Brandenburg in ihren kommenden Wahlkämpfen. Besonders der
165 Bundesvorstand und das Kampagnenteam werden im intensiven Austausch mit den
166 jeweiligen Landesvorständen sein, um Unterstützungsbedarfe zu ermitteln und
167 gemeinsam viele erfolgreiche Kampagnen auf die Beine zu stellen.

168 Nach der Wahl ist vor der Wahl! Deshalb werden wir beim 1. Länderrat 2024 im
169 Sommer das Kampagnenteam für die Bundestagswahl 2025 einsetzen, um möglichst
170 früh in die Planung für diesen so relevanten Kampagnenzeitraum starten zu
171 können. Das Kampagnenteam soll hierbei aus den Erfahrungen aus der
172 Europakampagne lernen und sich dafür mit dem aktuellen Kampagnenteam eng dazu
173 austauschen.

174 **Aktionstage**

175 Mit Aktionstagen haben wir als Verband die Möglichkeit, einen Fokus auf
176 bestimmte Themen zu lenken. Das wollen wir auch nächstes Jahr wieder nutzen: Mit
177 wenigen, dafür größeren Aktionstagen wollen wir uns auf relevante Konflikte
178 konzentrieren.

179 Wie in den letzten Jahren auch, wollen wir auch dieses Jahr wieder einen
180 Aktionstag zum 8. März gemeinsam mit unseren langjährigen Bündnispartner*innen
181 auf die Beine stellen und diesen Tag nutzen, um auf feministische Themen
182 aufmerksam zu machen.

183 Zudem planen wir im Rahmen der Pride-Saison eine größere Kampagne, um als
184 gesamter Verband unseren Kampf für queere Rechte sichtbar zu machen.

185 **Diesen Winter fahren wir zusammen!**

186 Anfang 2024 stehen die Tarifverhandlungen im Nahverkehr an. Der öffentliche
187 Nahverkehr ist massiv unterfinanziert. Das wirkt sich sowohl negativ auf die
188 Arbeitsbedingungen der Menschen als auch auf das Angebot für Fahrgäste aus.
189 Gemeinsam mit ver.di und der Klimabewegung wollen wir die Tarifrunde nutzen, um
190 Druck für massive Investitionen zu machen - für bessere Arbeitsbedingungen und
191 eine Mega-Offensive für Bus und Bahn. So geht Klimaschutz, der breite Mehrheiten
192 hinter sich versammelt. Als Grüne Jugend unterstützen wir auf allen Ebenen
193 #WirFahrenZusammen. Wir beteiligen uns an der alltäglichen Arbeit in den WFZ-
194 Ortsgruppen und nutzen gleichzeitig unser politisches Gewicht, um Aufmerksamkeit
195 auf das Thema zu lenken.

196 **Bündnisarbeit**

197 Bündnisarbeit findet vor allem vor Ort statt. Im nächsten Jahr wollen wir uns
198 weiterhin vor allem an Bündnissen beteiligen, die an der Schnittstelle zwischen
199 Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit kämpfen. Unsere engsten Verbündeten sind
200 dabei die Klimabewegung sowie die junge Gewerkschaftsbewegung. Wir als GRÜNE
201 JUGEND wollen uns weiterhin aktiv dafür einbringen, Gemeinsamkeiten auszuloten
202 und gemeinsame Projekte zu finden und umzusetzen.

203 Darüber hinaus haben wir in diesem Jahr unsere Zusammenarbeit mit vielen
204 migrantischen Organisationen ausgebaut, beispielsweise im Rahmen der Proteste im
205 Iran. Hieran wollen wir auch zukünftig anknüpfen.

206 In Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2025 wollen wir mit unseren
207 Bündnispartner*innen ausloten, wo Schwerpunkte und Handlungsfelder für eine
208 breite Kampagne von vielen verschiedenen Akteur*innen der politischen Linken
209 liegen müssen, damit wir alle zusammen für echte Veränderung einstehen können.

210 Internationales

211 Wir wollen das kommende Jahr dafür nutzen, die Vernetzung mit unseren Partner-
212 und Dachorganisationen, wie FYEG, EGP, CDN & GYG, zu verstetigen und in
213 Zusammenarbeit mit dem Kampagnenteam herausarbeiten, wie wir im Rahmen der
214 Europawahl strategisch zusammenarbeiten können.

215 Eine Frage, mit der sich das Team Internationales explizit nach der
216 Europakampagne auseinandersetzen wird, ist die internationalistische Vernetzung
217 für Landes- und Kreisverbände. Dafür soll das European Matches Programm
218 weiterentwickelt werden, um eine Vernetzung mit Bewegungen, Gewerkschaften und
219 nicht-parteilichen Organisationen voranzutreiben, die ähnliche Ziele wie wir
220 verfolgen.

221 In Vorbereitung auf die Europakampagne planen wir außerdem eine Bildungsreise
222 nach Griechenland.

223 Social Media

224 Wir wollen unseren digitalen Auftritt weiter ausbauen und haben auf Bundesebene
225 mit einer weiteren hauptamtlichen Stelle für den öffentlichen Auftritt neue
226 Unterstützung gewonnen.

227
228 Durch den Zuwachs an hauptamtlichen Strukturen in der Bundesgeschäftsstelle, die
229 sich künftig gemeinsam mit dem Bundesvorstand um die Contenterstellung für
230 Instagram und Twitter kümmern werden, werden wir das Aufgabenfeldes des Social
231 Media Teams verändern. Zukunft soll ein verkleinertes Team ein größeres
232 Augenmerk auf die kreative Ausgestaltung von TikTok legen. Auf dieser Plattform
233 haben wir hohes Potenzial, neue, vor allem sehr junge, Menschen zu erreichen und
234 schöpfen dieses aktuell noch nicht voll aus. Dafür wollen wir feste Formate
235 etablieren, welchen unseren Wiedererkennungswert steigern. Neue, lustige Ideen
236 sollen verstärkt umgesetzt werden. Durch die Zusammenarbeit mit der
237 Hauptamtlichen Stelle soll hier eine höhere Produktionsqualität gesichert
238 werden.

239 Verbandsarbeit

240 Länderrat

241 Der Länderrat hat verschiedene Aufgaben: Es werden inhaltliche Anträge beraten,
242 es ist ein Ort für Vernetzung und des Austauschs. Hier wollen wir auch in
243 Zukunft verschiedene Debattenformate erproben, von gemeinsamen
244 Thesendiskussionen in Kleingruppen bis hin zu längeren Antragsaussprachen.

245 **Strukturförderung**

246 Strukturförderung ist mittlerweile ein selbstverständlicher Teil der Arbeit der
247 GRÜNEN JUGEND. Nur wenn alle Landesverbände die Ressourcen und das Know-How
248 haben, strategische und professionelle Arbeit zu leisten, kommen wir als Verband
249 weiter. Der durch Pat*innen-Spenden finanzierte Strukturfördertopf soll dieses
250 Jahr für unterschiedliche Projekte genutzt werden: Wie auch in den letzten
251 Jahren wollen wir die Ostlandesverbände bei ihrer überregionalen Vernetzung
252 unterstützen und finanzieren den Mitte-Ost-Kongress mit - gerade in Zeiten von
253 Landtagswahlen ist der Austausch zwischen den betroffenen Landesverbänden
254 wertvoll. Zudem wollen wir ein Förderwochenende für Frauen, inter, trans und
255 nicht-binäre Personen finanziell und personell unterstützen. Das
256 Förderwochenende wird vom Landesverband Sachsen-Anhalt ausgetragen, soll aber
257 auch für Mitglieder aus anderen Landesverbänden geöffnet werden. Als letztes
258 Projekt wollen wir natürlich die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und
259 Brandenburg unterstützen. Genaue Bedarfe werden wir in Absprache mit den
260 jeweiligen Landesverbänden ermitteln und darauf achten, dass alle drei
261 Landesverbände gleich profitieren.

262 Darüber hinaus wollen wir, gerade im Hinblick auf viele Kommunal- und die
263 bereits angesprochenen Landtagswahlen in den Ostbundesländern im stetigen
264 Austausch bleiben und unterstützen, wo wir können. Dazu gehören beispielsweise
265 die intensive Betreuung der jeweiligen Landesverbände von Seiten der
266 Bundesebene, aber auch die Anpassung der Europakampagne auf spezielle
267 Gegebenheiten vor Ort.

268 **Bund-Länder-Vernetzung**

269 Der enge Austausch von Bund und Ländern soll weiter fortgeführt und ausgebaut
270 werden. Sowohl der ämterbezogene Austausch, eine enge Betreuung von
271 Landesvorständen sowie insbesondere die regelmäßigen Bundesvorstands-
272 Landesvorstands-Treffen sorgen dafür, dass der gemeinsame strategische Austausch
273 sowie Verantwortungsübernahme für Fragen der Verbandsentwicklung immer enger
274 zusammen gestaltet und gelebt werden. Auch ermöglichen diese Formate eine
275 methodische und inhaltliche Aus- und Weiterbildung, von denen alle Ebenen im
276 Verband profitieren.

277 **30 Jahre Grüne Jugend! Zeit für ein neues Selbstverständnis**

278 Im kommenden Jahr feiert die Grüne Jugend 30-jähriges Jubiläum! Diesen Anlass
279 wollen wir nutzen, um uns als Verband zu zelebrieren. Der Frühjahrskongress und
280 auch das Mitgliedermagazin können Orte sein, als Verband einen Rückblick auf die
281 vergangenen 30 Jahre zu werfen.

282 Um als Verband weiter zusammenzuwachsen und die gemeinsame Verbandsidentität zu
283 stärken, wollen wir ein Pilotprojekt zur Vernetzung von Kreisverbänden aus
284 unterschiedlichen Landesverbänden starten. Dadurch sollen Kreisverbände von der
285 Erfahrung eines jeweils anderen Kreisverbandes lernen, sich dazu austauschen und
286 sich im Rahmen der Europakampagne gegenseitig besuchen.

287 Wir wollen nicht nur auf die vergangenen 30 Jahre, sondern auch nach vorne
288 schauen: Dafür wollen wir einen bundesweiten Prozess starten, unser mittlerweile
289 mehr als 13 Jahre altes Selbstverständnis als Grüne Jugend neu zu formulieren!
290 Ziel ist es, ein Selbstverständnis zu erarbeiten, welches kurz und präzise
291 unsere zentralen politischen Anliegen und die Art, wie wir als linker
292 Jugendverband Politik machen wollen, festhält.

293 **Debattenorte**

294 Mit der Erweiterung des Arbeitsbereichs Debattenorte geht es nach der
295 umfangreichen Analyse in diesem Jahr vor allem um das Transparentmachen der
296 Ergebnisse, das Entwickeln, Umsetzen und Ausprobieren von bestehenden und neuen
297 Debattenorten im Verband!

298 Als neues, überregionales Debattenformat wollen wir im kommenden Jahr
299 Regionalforen ausprobieren - in diesen Foren sollen Mitglieder aus mehreren
300 Landesverbänden zusammenkommen und sich über aktuelle Themen des Verbands
301 weiterbilden und austauschen. Bei den Regionalforen werden wir uns der Nachlese
302 der Europakampagne widmen, Fragen der Verbandsentwicklung diskutieren und über
303 ein neues Selbstverständnis für die Grüne Jugend beraten. Schwerpunkt liegt auf
304 der offenen und vielfältigen Debatte in der breiten Basis des Verbands, damit
305 mehr Menschen in Prozesse eingebunden werden und an strategischen Entscheidungen
306 der Bundesebene teilhaben können.

307 Der Prozess hat in diesem Jahr erneut gezeigt, dass der Bundeskongress in seiner
308 jetzigen Form nicht zukunftsfähig ist. Viele Mitglieder haben nicht das Gefühl,
309 sich im Rahmen der Mitgliederversammlung angemessen in Debatten einbringen zu
310 können und sich wohl und sicher zu fühlen. Insbesondere die Barrierearmut kann
311 nicht in dem Rahmen gewährleistet werden, wie es unser Anspruch als Grüne Jugend
312 ist. Gleichzeitig ist es aufgrund der Größe der Veranstaltung immer schwieriger,
313 adäquate Räumlichkeiten zu finden und Sicherheitsstandards einzuhalten.

314 Der Arbeitsbereich Debattenorte wird damit beauftragt, sich ausgehend von den
315 Ergebnissen der Verbandsanalyse im kommenden Jahr mit konkreten Konzepten zur
316 Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Bundeskongresses auseinanderzusetzen.
317 Aufgrund der finanziellen und organisatorischen Belastung werden im Rahmen
318 dessen verschiedene Lösungen geprüft, unter anderem auch die Möglichkeit eines
319 Delegiertensystems. . Diese Prüfung findet ergebnisoffen statt. Der
320 Arbeitsbereich berichtet, wann er woran arbeiten möchte und berichtet regelmäßig

321 über seine Arbeit und nächste geplante Schritte, um den Prozess transparent zu
322 machen und die Teilhabe des gesamten Verbands zu ermöglichen. Dabei ist für ihn
323 die Sicherung der basisdemokratischen Grundprinzipien der Grünen Jugend und die
324 Teilhabe des gesamten Verbands an den wichtigsten Entscheidungen das oberste
325 Gebot. Insbesondere soll sich der Arbeitsbereich Debattenorte der Sicherstellung
326 der Beteiligung sehr junger Menschen am Bundeskongress, der
327 Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und der Berücksichtigung der
328 strukturschwachen Gebiete widmen. Die Durchführbarkeit verschiedener Konzepte
329 wird gemeinsam mit Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle bewertet und den
330 Mitgliedern detailliert dargelegt. Dafür relevante Datengrundlagen werden im
331 Rahmen des Datenschutzes transparent und nachvollziehbar offengelegt.

332 Im Vorfeld zum Bundeskongress laufen verbandsweite Debatten, beispielsweise im
333 Rahmen von Vorprogrammen, noch nicht optimal. Deswegen soll der Arbeitsbereich
334 Debattenorte Wege erproben, wie schon im Vorlauf zum Bundeskongress spezifische
335 Themen und Verbandsstrategien besser gemeinsam debattiert werden können. Der
336 Fokus soll dabei auf der Kreisverbandsebene liegen und Mitglieder dazu
337 ermächtigen, sich in die Positionsfindung des Verbandes einzubringen.

338 Die Verbandsumfrage hat gezeigt, dass Fachforen von der Breite des Verbandes
339 nicht als ansprechender Debattenort wahrgenommen werden. Der Arbeitsbereich
340 Debattenorte wird hierzu mit den Aktiven in den Fachforen weiterhin im Austausch
341 sein, um zu diskutieren, welche Rolle Fachforen im Verband einnehmen können und
342 in welchem Rahmen fachpolitische Debatten am besten aufgehoben sind.

343 Der Arbeitsbereich Debattenorte hat als weiteres Handlungsfeld die Kommunikation
344 und Transparenz zwischen den Ebenen identifiziert. Deswegen soll er sich 2024
345 der Frage widmen, wie unsere verbandsinterne Kommunikation so gestaltet sein
346 kann, dass alle rechtzeitig über wichtige Entwicklungen informiert sind und
347 Gelegenheit haben, sich in Prozesse stärker einzubringen. Mit Bundesvorstand,
348 Landesvorständen und Kreisvorständen soll er in den Austausch über das
349 Optimierungspotential bisheriger Kommunikationswege gehen und gegebenenfalls
350 neue vorschlagen.

351 Auf allen Ebenen des Verbandes wird debattiert und Demokratie gelebt. Deswegen
352 wird sich der Arbeitsbereich Debattenorte im kommenden Jahr mit den
353 Landesvorständen über ihre Debattenorte auf Landesebene und deren
354 Optimierungspotenzial austauschen.

355 Der Debattenortprozess soll weiterhin in jeder Phase Mitgliedern die
356 Möglichkeit geben, sich einzubringen und Feedback und Ideen in den Prozess
357 einzuspeisen. Dafür informiert der Arbeitsbereich regelmäßig, transparent und
358 nachvollziehbar über den aktuellen Stand des Prozesses und nächste Schritte,
359 beispielsweise bei Veranstaltungen und digital.

360 **Frauenförderung und Geschlechterstrategie**

361 Im Bereich Frauenförderung und Geschlechterstrategie sind wir letztes Jahr große
362 Schritte gegangen. Ob umfängliche Verbandsbefragungen, ein neues Handbuch zur
363 Umsetzung unserer Geschlechterstrategie oder dem ersten Förderwochenende für
364 inter, trans und nicht-binäre Personen: An diese Arbeit wollen wir auch im
365 kommenden Jahr anknüpfen.

366 Nachdem unser erstes Förderwochenende für inter, trans und nicht-binäre Personen
367 ein großer Erfolg war, wollen wir dieses Angebot verstetigen und auch 2024 ein
368 solches Wochenende anbieten.

369 Die Verantwortlichen für Frauenförderung und Geschlechterstrategie auf
370 Landesebene sind weiterhin die zentrale Schnittstelle zwischen Bundesebene und
371 Kreisverbänden, wenn es um die Förderung und Vernetzung von Frauen, inter, trans
372 und nicht-binären Personen geht. Die Verantwortlichen wollen wir von Anfang gut
373 begleiten, und Schulungen für sie anbieten, um sie dazu in die Lage zu
374 versetzen, Verantwortliche auf Kreisebene weiterzubilden.

375 Das Team für Frauenförderung und Geschlechterstrategie soll sich dieses Jahr vor
376 allem auf die Unterstützung der Landesebenen zur Etablierung verschiedener
377 Fördermaßnahmen konzentrieren, beispielsweise durch die Unterstützung bei der
378 Planung von eigenen Förderangeboten oder der Ausbildung von Verantwortlichen auf
379 Kreisebene. Ziel ist es, dass an möglichst vielen Orten qualitativ hochwertige
380 Förderangebote für unterschiedliche Zielgruppen entstehen, um so möglichst
381 vielen Menschen eine Beteiligung an diesen Formaten zu ermöglichen.

382 Zusätzlich dazu planen wir 2024 eine Kampagne zu queeren Rechten im Rahmen der
383 Pride-Saison.

384 **Antirassistische Strategien**

385 Im vergangenen Jahr konnte der Arbeitsbereich Antirassistische Strategien
386 nahtlos an den Entwicklungen der letzten Jahre anknüpfen und sich dabei vor
387 allem auf Umsetzung und Erprobung unserer beschlossenen Antirassistischen
388 Strategie fokussieren. Auch im nächsten Jahr möchten wir weitere Schritte in
389 diese Richtung unternehmen und darauf hinarbeiten, dass wir als Verband überall
390 unsere Strategie umsetzen.

391 Wir werden das Austauschformat zwischen Bundes- und Landesebene ausweiten, indem
392 wir die einzelnen Landesverbände in ihren Planungen und Bestrebungen zu
393 Antirassistischen Strategien eng betreuen und beraten. Hierfür werden wir eine
394 Übersicht aller Planungen für das Jahr 2024 vornehmen und dort beraten, wo es
395 sinnvoll und notwendig ist. Hiermit möchten wir Landesverbände auf ihrem Weg
396 einer eigenständigen Umsetzung der Strategie unterstützen.

397 Ein großer Erfolg bleiben Vernetzungsangebote wie das Förderwochenende, die sich
398 großer Beliebtheit erfreuen. Diese möchten wir im nächsten Jahr weiterführen.

399 Neben den Vernetzungstreffen auf unseren großen Kongressen, möchten wir ein

400 weiteres Förderwochenende für migrantisierte Mitglieder anbieten. Da wir merken,
401 dass die Nachfrage nach solchen Formaten sehr hoch ist, die Kapazitäten auf der
402 Bundesebene allerdings grenzen haben, wollen wir zusätzlich ein neues Format von
403 regionalen Vernetzungstreffen erproben. Hierfür möchten wir im ersten Schritt
404 mit mehreren Landesverbänden Vernetzungstreffen konzipieren und planen, die
405 danach von ihnen organisatorisch umgesetzt werden.

406 Den 2023 vom Arbeitsbereich konzipierten Workshop zu „solidarischem
407 Antirassismus“ möchten wir im nächsten Jahr im Verband ausrollen und etablieren,
408 um Debatten über Analyse und Verbandspraxis überallhin zu bringen. Bearbeiten
409 soll diese Themen weiterhin der Bundesvorstand zusammen mit dem Arbeitsbereich
410 Antirassistische Strategien.

411 **Inklusion**

412 Wir wollen jedem Mitglied eine bestmögliche Teilhabe im Verband ermöglichen. Wir
413 werden weiterhin an der Barrierearmut, insbesondere bei Veranstaltungen,
414 arbeiten. Dabei gehen wir auf vielfältige Bedarfe ein, egal welche Behinderungen
415 oder chronische Erkrankungen Menschen mitbringen. Dazu gehört auch, die
416 Möglichkeiten zur Unterstützung transparent und leicht zugänglich zu machen und
417 Hürden abzubauen, auch bei Formularen und Informationen zu Veranstaltungen. Um
418 diesem Anspruch gerecht zu werden, wollen wir den Austausch mit Betroffenen
419 weiterführen. Weiterhin wollen wir sie beispielsweise bei Vernetzungsangeboten
420 im Rahmen von Kongressen verstärkt einbinden. Wir wollen erproben, unsere
421 Grundlagenworkshops auf dem Frühjahrskongress in verschiedenen Lernniveaus
422 auszugestalten, um eine einfacher zugängliche Variante mit mehr Pausen
423 anzubieten.

424 Im Rahmen des Prozesses zur Neugestaltung unserer Debattenorte haben wir sowohl
425 in der Verbandsumfrage als auch im direkten Austausch die Bedarfe und auch
426 Problemstellungen von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen
427 erfragt und wollen dies auch weiterführen, um ihre wichtigen Erfahrungen in
428 Weiterentwicklungsprozesse mit einfließen zu lassen.

429 **Finanzen**

430 Durch die Erhöhung der staatlichen Förderung für Jugendparteien sowie der
431 Anpassung der Mitgliedsbeiträge konnte sich die finanzielle Situation des
432 Bundesverbandes in den letzten Jahren stabilisieren, jedoch gefährdet die
433 Schuldenbremse und die damit verbundenen Kürzungen dieses Fundament. Zusätzlich
434 dazu sind massiv gestiegene Preise, insbesondere bei Veranstaltungsorten,
435 Unterkünften und Verpflegung, für uns als Verband deutlich spürbar.

436 Wir müssen aktuell mit der Ungewissheit umgehen, wie sich die öffentliche

437 Förderung entwickelt, da diese, wie viele weitere Bereiche der Kinder- und
438 Jugendarbeit und der politischen Bildung, ins Zentrum von Sparmaßnahmen gerückt
439 sind.

440 Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die Finanzmittel, beispielsweise
441 über Spenden, zu erhöhen: Wahlkampfzeiten lassen sich sehr gut für Fundraising
442 nutzen, aber auch darüber hinaus brauchen wir eine stabile, finanzielle Basis.
443 Deshalb wollen wir 2024 dazu nutzen, unser Pat*innenprogramm, von dem sowohl die
444 Bundes- als auch die Landesebene profitieren, zu aktualisieren und aktiv daran
445 arbeiten, gemeinsam unsere Mittel zu erhöhen. Bundes- und Landesvorstände werden
446 sich hiermit im kommenden Jahr vertieft auseinandersetzen. Der Bundesverband
447 steht weiterhin beratend und unterstützend zur Seite, beispielsweise wenn es um
448 Finanzverhandlungen oder Wahlkampfbudgets geht.

449 Die Finanzen des Bundesverbands müssen krisenfest gestaltet werden. Dafür müssen
450 Ausgaben besser kalkulierbar sein: Es müssen Mittel und Wege gefunden werden,
451 wie Controlling besser sichergestellt werden kann und gleichzeitig müssen
452 unberechenbare Kosten auf ein Minimum reduziert werden. Dies betrifft vor allem
453 Großveranstaltungen, insbesondere den Bundeskongress, der jedes Jahr spürbar
454 teurer und schwieriger zu kalkulieren wird.

S-1 Wahlstatut: Internationale Delegationen

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: S Satzungsänderungen

Antragstext

1 § 4 Wahlstatut Absatz 1 Satz wird neu gefasst:

2 (1)

3 Die Delegierten zur Generalversammlung der Federation of Young European Greens,
4 die Delegierten zum Kongress der Globalen Jungen Grünen und die Delegierten zum
5 erweiterten Kongress (Extended Congress) der Europäischen Grünen Partei werden
6 von der Mitgliederversammlung im Präferenzwahlverfahren für eine Amtsdauer von
7 zwei Jahren gewählt.

8 § 4 Wahlstatut Absatz 2 Satz 1 wird neu gefasst:

9 (2) Der Vorschlag für die Delegierten zum Rat der Europäischen Grünen Partei
10 (Congress) erfolgt durch die Mitgliederversammlung im Präferenzwahlverfahren.

Begründung

Die Europäische Grüne Partei hat ihre Gremien umbenannt: aus dem ehemaligen council wird der congress, der ehemalige congress, für den wir Delegierte entsenden, heißt nun Extended Congress. Um hier Klarheit zu schaffen, für welchen Kongress wir Delegierte entsenden können, passen wir unsere Satzung sprachlich an. Auch legen wir die Amtsdauer der Delegationen eindeutig fest und gleichen diese an andere Delegationen an.

S-2 Wahlstatut: Delegation Länderrat & Frauenrat - Vereinheitlichung der Amtszeit

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 21.10.2023
Tagesordnungspunkt: S Satzungsänderungen

Antragstext

1 § 3 Wahlstatut wird neu gefasst:

2 § 3 Wahl der Delegation zum Länderrat und Frauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

3 Die Delegierten zum Länderrat und zum Frauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden
4 von der Mitgliederversammlung im Präferenzwahlverfahren für eine Amtszeit von
5 zwei Jahren gewählt.

S-3 Wahlstatut: Vereinheitlichung weitere Delegierte und Ersatzdelegierte

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: S Satzungsänderungen

Antragstext

1 Streiche § 4 Absatz 1 Satz 2 Wahlstatut: "Der Bundesvorstand kann
2 Ersatzdelegierte wählen"

3 Streiche § 4 Absatz 2 Satz 2 Wahlstatut: "Der Bundesvorstand kann
4 Ersatzdelegierte nachnominieren"

5 Streiche § 4 Absatz 3 Wahlstatut "Weitere internationale Delegierte wählt der
6 Bundesvorstand"

7 Füge folgenden Absatz neu ein: § 6 Weitere Delegierte und Ersatzdelegierte

8 Der Bundesvorstand kann Ersatzdelegierte für die in § 3 und § 4 genannten
9 Delegationen wählen und nachnominieren. Weitere Delegierte und Ersatzdelegierte
10 wählt der Bundesvorstand.

Begründung

Das Wahlstatut wird durch diesen Vorschlag vereinheitlicht und sprachlich vereinfacht.

Es wird durch die bereits in vielen Fällen bestehende Möglichkeit des Bundesvorstandes, Delegiertenplätze sowie Ersatzdelegierte zu wählen, sichergestellt, dass Delegationen nicht unbesetzt bleiben, z.B. wenn Delegierte freiwillig ausscheiden oder an außerplanmäßigen Terminierungen nicht teilnehmen können. Dies wurde in Satz 2 präzisiert und neu geordnet, um hier Klarheit zu schaffen.

Das Recht der Mitgliederversammlung, Delegationen und Ersatzdelegationen zu wählen, bleibt davon unberührt.

V-2 Queer Fights United!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Queeres Leben in Deutschland ist noch lange nicht so unbeschwert möglich, wie
2 wir es uns wünschen würden. Ob Angriffe auf Christopher-Street-Days, in der U-
3 Bahn oder im privaten Raum: Dass die Gewalt gegen queere Menschen in den letzten
4 Jahren zugenommen hat, ist nicht nur ein Bauchgefühl, sondern lässt sich auch
5 statistisch nachweisen.

6 Gleichzeitig sehen wir nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt,
7 dass queere Rechte unter Beschuss stehen. In den USA wird in einigen
8 Bundesstaaten das Recht von trans Personen auf geschlechtsangleichende Maßnahmen
9 massiv eingeschränkt, das „don't say gay“-Gesetz in Florida verbietet es, an
10 öffentlichen Schulen über queere Themen zu unterrichten und in Italien sollen
11 lesbische Mütter nachträglich aus der Geburtsurkunde ihrer Kinder gestrichen
12 werden.

13 Rechte versuchen längst nicht mehr zu polarisieren, indem sie sich nur über
14 gendergerechte Sprache aufregen. Ihr Kulturkampf gegen queere Menschen geht
15 mittlerweile mit einer realen Gefahr für Leib und Leben einher. Das können wir
16 nicht einfach stumm hinnehmen! Unsere Antwort darauf muss bedingungslose
17 Solidarität und eine Politik sein, die das Leben von queeren Menschen real
18 verbessert.

19 Momentan äußern sich queere Kämpfe in Deutschland so zugespitzt wie selten zuvor
20 in der Debatte rund um das Selbstbestimmungsgesetz. Während transfeindliche
21 Aktivist*innen dieses Gesetzesvorhaben dafür nutzen wollen, trans Menschen ihre
22 Grundrechte abzusprechen, ist für uns klar: trans Rechte sind Menschenrechte!
23 Ein echtes Selbstbestimmungsgesetz ist dringend notwendig!

24 Nach der Ankündigung des Vorhabens hat sich die Bundesregierung erst Ende August
25 auf ein Gesetz einigen können. Als GRÜNE JUGEND begrüßen wir diesen ersten
26 Schritt, unsere Kritik ist aber deutlich:

- 27 1. Das Selbstbestimmungsgesetz muss möglichst bald eingesetzt werden und
28 gültig sein. Es reicht nicht, dass das Gesetz erst ein Jahr nach Beschluss
29 in Kraft tritt. Tausende trans Menschen warten seit Jahren auf dieses

30 Gesetz! Den Namen und den Geschlechtseintrag ändern zu lassen ist kein
31 Nice-To-Have, sondern ein Grundrecht.

32 2. Selbstbestimmung darf nicht erst mit 18 möglich sein! Gerade minderjährige
33 trans Personen müssen ihre Identität teilweise jahrelang vor den eigenen
34 Eltern verstecken. Deshalb müssen die Regelungen im
35 Selbstbestimmungsgesetz auch ab 14 und nicht erst ab 18 gelten.

36 3. Queere Rechte sind kein Fall für Polizei und Verfassungsschutz! Dass Daten
37 an Sicherheitsbehörden weitergegeben werden sollen, halten wir für
38 gefährlich, unnötig und lehnen dies deshalb ab!

39 4. Selbstbestimmung muss immer gelten! Wir lehnen jegliche Ausnahmeregelungen
40 ab, welche die Selbstbestimmung einschränken oder generell in Frage
41 stellen.

42 5. Das Offenbarungsverbot im Selbstbestimmungsgesetz ist nicht scharf genug!
43 Deadnaming und andere Übergriffe müssen unter Strafe stehen!

44 6. Dass die Regelung zur Elternschaft Teil des Selbstbestimmungsgesetz ist,
45 ist falsch! Die Elternschaft von trans Menschen muss im Abstammungsrecht
46 und nicht im Selbstbestimmungsgesetz geregelt werden.

47 Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein wichtiger Durchbruch für das alltägliche
48 Leben von trans Menschen, aber löst bei weitem nicht alle Probleme! Namens- und
49 Geschlechtsänderung im Ausweis ist das eine, aber queeres Leben umfasst so viel
50 mehr.

51 Denn für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein
52 lange überfälliger Schritt, doch die Kämpfe queerer Menschen gehen weit über
53 Fragen von Geschlechtseintrag und Namensänderungen hinaus. Deshalb gehen wir als
54 GRÜNE JUGEND weiter und stellen die Systemfrage.

55 Unser System sortiert Menschen nach Verwertbarkeit und damit danach, wie viel
56 Profit mit ihrer Arbeit generiert werden kann. Seit Jahrhunderten ist der Teil
57 der Gesellschaft, der Wert - und damit Geld und Anerkennung - schöpft, Männern
58 überlassen, während Frauen dazu verdammt werden, sich - egal ob sie selbst
59 erwerbstätig sind oder nicht - um Haus und Kinder zu kümmern.

60 Alle Menschen, die aus diesem binären Raster fallen, stellen das System in
61 Frage, weil der Kapitalismus nichts anderes als Binarität und die
62 heteronormative Kleinfamilie kennt. Er hat diese Verhältnisse zu Prinzipien
63 gemacht, die seine Arbeitsweise unwiderruflich strukturieren. Auch deshalb sind
64 queere Personen besonders häufig Gewalt ausgesetzt: Das System, in dem wir
65 leben, prägt, wie wir über die Welt denken, und was uns als "normal" vorkommt.
66 Alles andere wird sanktioniert. Das äußert sich beispielsweise in der Tatsache,
67 dass queere Menschen überproportional von Armut betroffen sind. Häufig ist ohne
68 familiäres Hilfsnetzwerk und durch Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eine
69 prekäre Lebenssituation fast unausweichlich. Hinzu kommen ebenfalls hohe
70 Behandlungskosten für geschlechtsangleichende Maßnahmen oder Therapien, um
71 Diskriminierungserfahrungen zu verarbeiten.

72 Während immer mehr Unternehmen rainbow washing betreiben, um queeres Leben für
73 ihre Profite zu nutzen, ist für uns als GRÜNE JUGEND klar: Um queere Menschen
74 von Diskriminierung und Gewalt zu befreien, braucht es einen Systemwechsel! Aber
75 auch im hier und jetzt können wir für reale Verbesserungen kämpfen. Dabei
76 verteidigen wir einerseits die politischen Errungenschaften queerer Kämpfe gegen
77 Angriffe von Rechts. Aber die bloße Verteidigung des Status Quo bedeutet noch
78 lange keine echte Befreiung queerer Menschen. Wir müssen gleichzeitig für eine
79 gerechte Politik eintreten.

80 Denn wenn wir für eine bessere Sozialpolitik, wie höhere Löhne und eine
81 armutsfeste Grundsicherung kämpfen, dann hat das große Auswirkungen auf das
82 Leben queerer Menschen, die besonders häufig in Armut leben. Und wenn wir
83 betonen, wie wichtig flächendeckende Therapieangebote sind, dann wissen wir,
84 dass diese gerade für queere Menschen besonders wichtig sind.

85 Eine gerechtere Politik, die sich nach den Bedürfnissen der Vielen richtet, ist
86 auch Queerpolitik!

87 Aber immer dort, wo queere Menschen besondere Bedürfnisse haben, müssen diese
88 genau so ernst genommen werden. So kämpfen wir selbstverständlich für eine
89 bessere Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Gleichzeitig muss endlich eine
90 flächendeckende, spezialisierte und vor allem kostenfreie Versorgung für
91 Menschen, die beispielsweise eine medizinische Transition vornehmen wollen,
92 sichergestellt werden! Die Änderung von Namen und Personenstand sind das Eine -
93 für viele Menschen bedeutet eine Transition dennoch viel mehr.

94 Als GRÜNE JUGEND sind wir bedingungslos solidarisch mit allen queeren Menschen
95 weltweit und denken queere Fragen in unseren Kämpfen immer mit. Denn queere
96 Rechte gehen uns alle an!

V-3 Nieder mit den KfW Studienkredit Zinsen

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Schon seit Jahren wird immer weiter an unserer Bildung und unserer Zukunft
2 gespart. Marode Schulen, Personalmangel an allen Ecken und Enden und im Studium
3 wird es nicht besser. Sogar im Gegenteil! Das deutsche Bildungssystem zeigt
4 klare Risse und die Finanzierung des Studiums bleibt ein Dorn im Auge vieler
5 junger Menschen.

6 Immer ferner rückt die Illusion, dass „nur genug Leistung“ auch Erfolg bringt.
7 Das Versprechen von Aufstieg und Chancengerechtigkeit ist für unsere Generation
8 nichts weiter als ein neoliberales Märchen.

9 Denn während die Lebenshaltungskosten immer weiter steigen, die Löhne stagnieren
10 und der Rotstift der Bundesregierung auch vor dem BAföG keinen Halt macht,
11 steigen die Zinsen auf Studienkredite der staatlichen KfW-Bank drastisch an.
12 Studieren ist für viele eine Schuldenfalle geworden.

13 Sie haben es gewagt, den Zinssatz des KfW-Studienkredits auf 7,82 Prozent
14 anzuheben. Dies steht in klarem Widerspruch zu den Prinzipien eines sozialen
15 Staates. Der Druck auf die Studierenden ist enorm, gerade wenn man die
16 allgemeinen Lebenskosten bedenkt.

17 Lag der Zinssatz im Oktober 2022 schon bei 5%, erreichte er im April 2023 7,8%
18 und ist jetzt bei fast 9%. Der Druck auf die Studierenden ist enorm, denn
19 infolge der Pandemie und der Inflation sind immer mehr Studierende darauf
20 angewiesen, einen Kredit aufzunehmen, um sich das (Über)leben während des
21 Studiums finanzieren zu können.

22 Die aktuelle Situation, in der Studierende mit stetig steigenden Zinssätzen für
23 ihre Studienkredite konfrontiert sind, ist nicht nur untragbar, sondern steht
24 auch im klaren Widerspruch zu den Idealen eines sozialen und gerechten
25 Bildungssystems. Daher fordern wir:

26 **Zinsen auf 0%! :** Für Studierende ist ein Studienkredit die letzte Option, um
27 sich ein Studium finanzieren zu können. Studierende sollten nicht durch Not in
28 Schulden fallen. Deshalb darf es keine weiteren Zinserhöhungen für
29 Studienkredite geben. Die aktuellen Zinssätze haben bereits eine Grenze
30 überschritten, die für viele Studierende nicht mehr tragbar ist. Deshalb fordern
31 wir eine sofortige Zinssenkung mit dem langfristigen Ziel von 0% Zinsen!

32 Zinsübernahme durch die Bundesregierung: Die Bundesregierung sollte in die
33 Pflicht genommen werden, die anfallenden Zinsen für Studienkredite zu
34 übernehmen. Dies würde nicht nur die finanzielle Belastung für Studierende
35 erheblich reduzieren, sondern auch ein klares Signal setzen, dass
36 Bildungsinvestitionen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung sind.

37 Rückwirkende Zinsbefreiung: Für Studierende, die bereits unter den hohen
38 Zinssätzen leiden, sollte eine rückwirkende Befreiung von bereits angefallenen
39 Zinsen eingeführt werden. Dies wäre eine dringend notwendige Entlastung und eine
40 Anerkennung ihrer finanziellen Belastung.

41 Langfristige Überarbeitung der Studienkredit-Struktur: Eine dauerhafte Lösung
42 sollte in Angriff genommen werden, um das System der Studienkredite so zu
43 überarbeiten, dass es gerecht, transparent und zugänglich für alle ist,
44 unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund.

45 BAföG-Zugang: Nur etwa 11% der Studierenden erhält Bafög und das wird sich mit
46 den Kürzungen im nächsten Bundeshaushalt wahrscheinlich noch verschlechtern.
47 Gleichzeitig wird die lang überfällige Bafög-Reform auf mickrige Kompromisse
48 eingestampft. Der Zugang zum BAföG ist unzureichend und muss erweitert werden.
49 Alle Studierenden, unabhängig von ihrem Hintergrund, sollten Anspruch darauf
50 haben. Überflüssige Bürokratie muss gestoppt werden, um den Zugang zu
51 erleichtern.

52 Es ist nicht vertretbar, dass Studierende auf solche Kredite angewiesen sind, um
53 sich ein Studium zu finanzieren. Wir, die jüngere Generation, müssen für
54 besseren Bildungszugang und -finanzierung kämpfen. Investitionen in unsere
55 Bildung sollten keine Bürde für die Studierenden selbst sein, sondern eine
56 Priorität für die gesamte Gesellschaft. Als GRÜNE JUGEND werden wir hierfür mit
57 unseren Bündnispartner*innen aus Hochschulpolitik und Gewerkschaften kämpfen!

V-4 Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Bergkarabach. Der armenische Name
2 lautet Arzach, aber wir benutzen in diesem Antrag den international üblichen
3 Namen Bergkarabach. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidshans und setzen uns
4 für die 100.000 vertriebenen Menschen ein. Für uns ist aber klar: der Angriff
5 steht nicht für sich allein, sondern ist eingebunden in geopolitische Interessen
6 und Konflikte. Dementsprechend benötigt es eine internationalistische Analyse
7 und politische Praxis unsererseits sowie Solidarität mit der hiesigen
8 migrantisch-armenischen Community.

Worum geht es jetzt? – Zur aktuellen Situation

9
10 Nach einer neunmonatigen Blockade des Latschin-Korridors und der humanitären
11 Krise, die daraus erfolgte, startete Aserbaidshans am 19.09.2023 einen
12 militärischen Großangriff auf die Region. Dabei starben mindestens 200 Menschen
13 und über 400 wurden verletzt. Hunderte werden immer noch vermisst. Aserbaidshans
14 errichtete Binnenblockaden und schnitt ganze Dörfer und Städte von der Außenwelt
15 ab. Eine Massenvertreibung setzte ein. Innerhalb von weniger als zwei Wochen
16 entleerte sich die Region. Über 100.000 Armenier*innen blieb nur noch die Flucht
17 als die einzige Option. Armenien ist mit der Anzahl der geflüchteten Menschen
18 maßlos überfordert und braucht dringend humanitäre Hilfe.

Der Alijew-Clan

19
20 Der autoritäre Staatschef Aserbaidshans, Ilham Alijew, schürt seit Jahren Hass
21 gegen Armenier*innen, unterdrückt oppositionelle Kräfte mithilfe eines riesigen
22 Sicherheitsapparates und lässt politische Gegner*innen verhaften.

23 Von Nationalismus getrieben, stellt er auch die territoriale Integrität des
24 Nachbarlandes Armenien infrage. Die armenische Regierung hat die territoriale
25 Integrität Aserbaidshans im Mai 2023 anerkannt und auch die Region
26 Bergkarabach, die mehrheitlich von Armenier*innen bewohnt ist, als Teil
27 Aserbaidshans akzeptiert.

28 Aserbaidshen wird seit nun 50 Jahren mit einer kurzweiligen Unterbrechung vom
29 Alijew-Clan regiert. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2023 von Reporter ohne
30 Grenzen befindet sich Aserbaidshen auf Platz 151 von 180. Im Demokratieindex
31 2022 wird Aserbaidshen auf Platz 134 von 167 eingestuft.

32 Alijew macht sich den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zunutze. Er
33 stillt den Bedarf der EU an fossilen Energieträgern und setzt diese als
34 Druckmittel gegen die europäische Staatengemeinschaft ein. Die EU-
35 Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete Aserbaidshen als
36 zuverlässigen Partner.

37 **Der Panturkismus – eine transnationalistische Ideologie**

38 Die Armenier*innen befürchten einen neuerlichen militärischen Angriff auch auf
39 das Staatsgebiet der Republik Armenien. Die Ideologie des Panturkismus stellt
40 für die kleine Republik eine ernsthafte Existenzbedrohung dar. Der Panturkismus
41 ist eine nationalistische Ideologie, die die Bestrebung verfolgt, alle
42 Turkvölker (u.a. Türk*innen, Azeris oder Turkmen*innen) kulturell und
43 geografisch zu vereinen.

44 Dass Armenier*innen Opfer eines osmanischen Genozids wurden, getrieben durch das
45 jungtürkische Regime im Ersten Weltkrieg, ist bis heute ein rotes Tuch für
46 türkische Nationalist*innen - die Anerkennung des Genozids an den Armenier*innen
47 wird vom türkischen Staat gelehrt. Dieser Geschichtsrevisionismus wird u.a.
48 über die türkischen Rechtsextremen, die Grauen Wölfe, in Deutschland verbreitet.

49 **Die Türkei als Komplize**

50 **Aserbaidshen ignoriert und verletzt systematisch internationales Recht**

51 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Alijew sich von bloßen Aufforderungen
52 internationaler Partner unbeeindruckt lässt. Ferner wird er durch das NATO-
53 Mitglied Türkei in seinen bisherigen Bestrebungen unentwegt und tatkräftig
54 unterstützt.

55 Nach seinem Militäreinsatz ist Aserbaidshen für die Sicherheit und die
56 Einhaltung der Rechte der Armenier*innen verantwortlich gewesen, aber wie der
57 Verlauf der Ereignisse zeigt, kam Aserbaidshen seiner Verpflichtung nicht nach.
58 Dabei warnten Menschenrechtsorganisationen,
59 wie das Lemkin-Institut für Völkermordprävention oder die Gesellschaft für
60 bedrohte Völker seit 2022 vor der genozidalen Intention Aserbaidshens. . Laut
61 Art II (c) der UN-Völkermordkonvention liegt der Tatbestand eines Genozids bei
62 einer vorsätzlichen Auferlegung von Lebensbedingungen vor, die geeignet sind,
63 die körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Die

64 Hungerblockade vom Dezember 2022 bis September 2023 entsprach diesem
65 Straftatbestand.

66 Bereits am 22. Februar 2023 sowie zuletzt im Juli 2023 forderte der
67 Internationale Gerichtshof (IGH) Aserbaidshans auf, alle Maßnahmen zu ergreifen,
68 um einen ungehinderten Personen-, Fahrzeug- und Güterverkehr entlang des
69 Latschin-Korridors in beide Richtungen zu gewährleisten.

70 **Positionierungen im UN-Sicherheitsrat**

71 In der Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates vom 21. September
72 verurteilten die Außenministerinnen Deutschlands und Frankreichs die
73 militärische Aggression Aserbaidshans gegen die Armenier*innen in Bergkarabach
74 und forderten Aserbaidshans dazu auf, die territoriale Integrität Armeniens zu
75 respektieren. Ferner verlangten sie nach internationalem Recht
76 Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs vonseiten
77 Aserbaidshans.

78 Die Republik Armenien ist eine junge postsowjetische Demokratie, die aufgrund
79 der jüngsten Entwicklungen in Bergkarabach in eine schwere innenpolitische Krise
80 stürzte. Die Außenministerin Annalena Baerbock forderte, dass die Demokratie in
81 Armenien nicht durch dritte Staaten unterminiert werden sollte. Die Republik
82 Armenien hat angesichts des russischen Versagens als Schutzmacht für den
83 Waffenstillstand in Bergkarabach seine bisher engen Beziehungen zu Russland
84 gelockert und versucht, sich dem Westen anzunähern. Am 03. Oktober 2023 stimmten
85 die armenischen Abgeordneten im Parlament für die Ratifizierung des Römischen
86 Statuts. Der Kremel hatte zuvor Armenien vor diesem Schritt gewarnt.

87 **Deutschlands historische Verantwortung**

88 Wir erwähnen mit Nachdruck, dass Deutschland eine besondere historische
89 Verantwortung gegenüber Armenier*innen trägt. 2016 hat der Bundestag in seiner
90 Resolution zur Anerkennung des Genozids an den osmanischen Christen dies zum
91 Ausdruck gebracht. Während des Ersten Weltkriegs war das Deutsche Kaiserreich
92 militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches und daher besonders
93 umfassend über die Vernichtung der Armenier*innen und anderer christlicher
94 Bevölkerungsgruppen informiert. Dennoch hat die deutsche Staatsführung den
95 Genozid damals stillschweigend hingenommen. Der Bundestag bekannte sich in
96 seinen Resolutionen von 2005 und 2016 ausdrücklich zu seiner historischen
97 Mitverantwortung.

98 **Unsere Forderungen**

99 Damit dennoch ein dauerhafter Frieden ermöglicht werden kann, fordern wir:

- 100 • **Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs:**
101 Aserbaidshans muss sich dazu verpflichten Sicherheitsgarantien für die
102 armenische Bevölkerung Bergkarabachs nach internationalem Recht zu geben.
103 Damit die vertriebenen Menschen in ihre Heimat zurückkehren können.

- 104 • **Die territoriale Integrität Armeniens muss von Aserbaidshans akzeptiert**
105 **werden.** Die Türkei als NATO-Mitglied sollte mit dem Säbelrasseln aufhören.

- 106 • **Die vollständige Öffnung des Latschin-Korridors für den Personen- und**
107 **Güterverkehr in beide Richtungen!**

- 108 • Es bedarf einer **entmilitarisierten Zone zwischen Armenien und**
109 **Aserbaidshans.**

- 110 • Eine internationale EU-Beobachtermission soll in die Region entsandt
111 werden, um als Drittpartei die Rolle einer Vermittlung übernehmen zu
112 können.

- 113 • **Konsequente Aufklärung der Korruptionsaffäre Aserbaidshans:** Das Alijew-
114 Regime hat Kaviar-Diplomatie in Deutschland und der EU betrieben. Unter
115 der Kaviar-Diplomatie sind Bestechungen oder die Einflussnahme auf
116 politische Entscheidungsprozesse zu verstehen, die auf Luxusgeschenken
117 basieren.

- 118 • Aufgrund der Vertreibung von über 100.000 Armenier*innen muss Deutschland
119 gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten **Sanktionen gegen das Alijew-**
120 **Regime** verhängen. Vermögen von Mitgliedern des Alijew-Clans im Ausland
121 sollten eingefroren werden.

- 122 • Wir vertreten diese Forderungen als Verband, insbesondere in der
123 Öffentlichkeit und machen Druck im Sinne und in Solidarität mit den
124 Menschen in Bergkarabach, auch gegenüber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der
125 Regierung.

126 **Wichtige Themen nicht den Rechten überlassen**

127 Außerdem möchten wir betonen, dass dieser Konflikt im Kern kein religiöser
128 Konflikt ist. Innenpolitisch versuchen rechte Kräfte in Deutschland, unter
129 anderem die rechtsextreme Partei, die AfD, die Situation im Südkaukasus für ihre
130 politische Hetzkampagne zu instrumentalisieren, indem sie gezielt den
131 christlichen Hintergrund der Armenier*innen gegen den muslimischen Hintergrund
132 der Türk*innen oder Aserbaidshanser*innen auszuspielen versuchen. Wir treten
133 entschieden gegen diesen Versuch der gesellschaftlichen Spaltung ein.

V-5 Solidarität statt Ignoranz - Menschenwürde und Grundrechte für obdach- und wohnungslose Personen!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Rund 263.000 Menschen in Deutschland haben keinen festen Wohnsitz. Für diese
2 Personen bedeutet dieser Zustand eine massive Einschränkung ihrer Grundrechte
3 und einen enormen Einschnitt ihrer Menschenwürde. Daher gehört zunehmende
4 Obdach- und Wohnungslosigkeit zu den größten Herausforderungen unserer
5 Gesellschaft. Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gemacht diese Problematik
6 bis 2030 zu lösen, allerdings lassen die großen Ambitionen bisher keine
7 konkreten Maßnahmen zur Umsetzung folgen.

8 Menschen in einer solch schwierigen Lebenslage haben keine Lobby – umso
9 wichtiger ist es, dass wir als GRÜNE JUGEND solidarisch und kämpferisch an der
10 Seite der Betroffenen von Obdach- und Wohnungslosigkeit stehen.

11 *Daher fordern wir:*

- 12 • **Bundesfördermittel für Housing-First**
- 13 • **Massiver Ausbau von kostenloser Trinkwasserversorgung, besonders in**
14 **Innenstädten**
- 15 • **Abbau der bürokratischen Hürden bei Notübernachtungsstellen (besonders für**
16 **nicht EU-Bürger*innen)**
- 17 • **Fördertopf für die Errichtung und den Betrieb von öffentlichen Toiletten**
18 **mit kostenloser Bereitstellung von Periodenprodukten und weiteren**
19 **Hygieneartikeln**
- 20 • **Bundesfördermittel für Dusch- und Kältebusse**
- 21 • **Sicherstellung eines niederschweligen Zugangs zu medizinischer**

22

Grundversorgung und psychologischer Betreuung

23

- **Bundesweite beständige Förderung von aufsuchender Sozialarbeit bzw. Streetwork**

24

25

- **Aufklärungskampagne zur Destigmatisierung von Obdachlosigkeit sowie zur Verhinderung von Gewalt gegenüber obdachlosen Menschen**

26

V-7 Klimakampf für viele - Klimapolitik statt Repressionen

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Die globale Klimapolitik ist nicht auf dem Weg, eine sich extremisierende
2 Klimakrise und deren Konsequenzen zu Verhindern, Deutschland kommt hierbei eine
3 besondere Verantwortung zu. Wir erkennen die Verantwortung Deutschlands an,
4 hierbei viel sehr viel schneller und entsprechend von Wissenschaftlichen
5 Szenarien klimapolitisch zu handeln.

6 Wir erkennen die Notwendigkeit von zivilem Ungehorsam angesichts dieser
7 dramatischen Lage und den krassen resultierenden Ungerechtigkeiten an.

8 Außerdem unterstützen wir deutlich die Idee, einen Gesellschaftsrat
9 einzuberufen, der der Bundesregierung aufzeigen kann, welcher Weg, Deutschland
10 bis 2030 sozial gerecht fossilfrei zu machen, gesellschaftlich mehrheitsfähig
11 werden kann.

12 Die Klimakrise verstärkt sich von Tag zu Tag und Deutschland kommt seiner
13 globalen Verantwortung, schnell und effektiv zu handeln, nicht nach. Wir müssen
14 möglichst schnell aus allen fossilen Energieträgern aussteigen, um noch eine
15 Chance zu haben, die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten.

16
17 Wir erwarten, dass in allen Fragen des sozial-ökologischen Wandels grundsätzlich
18 diejenigen, die die Transformation tragen sollen, auch mit eingebunden werden.
19 In Bürgerbeteiligungen auf verschiedenen Ebenen wollen wir etwa Beschäftigte,
20 Anwohner*innen und junge Menschen zentral dabei einbinden, über den ökologischen
21 Umbau konkret mitzuentcheiden und mehrheitsfähig zu gestalten. Verschiedene
22 Möglichkeiten (z.B. Transformationsräte, einen Bürger*innenrat/Gesellschaftsrat,
23 Arbeiter*innenräte), diese Einbindung auszugestalten, werden in der
24 Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND aufgegriffen und diskutiert.

25
26 Als GRÜNE JUGEND erkämpfen wir eine konsequente Klimapolitik. Dafür braucht es
27 eine starke gesellschaftliche Bewegung, die den Klimakampf mit anderen
28 Klassenkämpfen verbindet, um die Mehrheit der Gesellschaft anzusprechen. Daher
29 beteiligen wir uns als GRÜNE JUGEND an vielfältigen Aktionsformen von Social

30 Media Aktionen über Großdemonstrationen, Organizingkampagnen bis hin zu zivilem
31 Ungehorsam, die sich gegen Kapitalinteressen und deren Verteidigung durch
32 Polizeigewalt richten.

33
34 Wir als GRÜNE JUGEND, möchten die breiten Massen nutzen, um Druck aufzubauen und
35 sehen auch die Menschen, die morgens mit dem Auto zur Arbeit fahren oder in den
36 dringend benötigten Urlaub reisen wollen, als unsere Verbündeten im Kampf für
37 eine Gesellschaft, in der Kapitalinteresse nicht mehr über die Zukunft auf
38 unserem Planeten gestellt werden.

39
40 Insbesondere in unserer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bekommen wir immer
41 wieder gespiegelt, dass viele Beschäftigte Straßenblockaden und ähnliche
42 Aktionen als Aktionen gegen die breite Mehrheit verstehe, wodurch sie von linken
43 Kämpfen abgeschreckt werden.

44
45 Dabei verstehen wir die Verzweiflung über das fehlende Handeln der Regierungen
46 auf die eskalierende Klimakrise zu reagieren und sich auf diese Art für
47 Klimaschutz einsetzen möchten, jedoch teilen wir ihre Strategie nicht.

48
49 Wir möchten jedoch auch klar betonen: Die verstärkten Repressionen gegen
50 Klimaaktivist*innen und ihre zunehmende Kriminalisierung sind eine Gefahr für
51 jeden gesellschaftlichen Widerstand. Beispielhaft hierfür stehen die zahlreichen
52 Versuche, die Letzte Generation als kriminelle Vereinigung einzustufen und zu
53 verbieten, sowie zahlreiche Abhöraktionen, Hausdurchsuchungen,
54 Präventivverhaftungen und vieles mehr. Dies betrifft auch heute schon weitere
55 Gruppen wie FFF.

56
57 Unabhängig davon, ob wir mit den Aktivist*innen strategisch einer Meinung sind,
58 treten wir der zunehmenden Kriminalisierung von legitimem Protest entschieden
59 entgegen. Dass selbst Regierungsmitglieder, deren Aufgabe es wäre, sofort für
60 effektiven Klimaschutz zu sorgen, stattdessen in den hasserfüllten Diskurs gegen
61 Aktivist*innen einsteigen und einseitig mit immer härter Repression drohen,
62 verurteilen wir.

V-9 Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare abschaffen

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND fordert von der Ampel-Regierung ihr Koalitionsversprechen in
2 Bezug auf „Familienrecht“ Absatz II („*Wenn ein Kind in die Ehe zweier Frauen*
3 *geboren wird, sind automatisch beide rechtliche Mütter des Kindes, sofern nichts*
4 *anderes vereinbart ist. Die Ehe soll nicht ausschlaggebendes Kriterium bei der*
5 *Adoption minderjähriger Kinder sein*“ [Z. A. Familienrecht]) umzusetzen.
- 6 Zusätzlich fordern wir, dass dieses Recht für alle Ehen gilt.

V-10 Künstliche Befruchtung für alle endlich fördern

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 *"Wir wollen ungewollt Kinderlose besser unterstützen. Künstliche Befruchtung*
2 *wird diskriminierungsfrei auch bei heterologer Insemination, unabhängig von*
3 *medizinischer Indikation, Familienstand und sexueller Identität förderfähig*
4 *sein. [...] Sodann planen wir, zu einer vollständigen Übernahme der Kosten*
5 *zurückzukehren."*

6 *(Koalitionsvertrag der Ampel 2021, S. 116)*

7 Wir begrüßen das Vorhaben der Koalitionspartner, die Kostenübernahme für
8 künstliche Befruchtung durch den Bund sowie die Krankenkassen für alle
9 umzusetzen. Wir fordern die Regierung auf, ihr Versprechen der Förderung für
10 alle einzuhalten und das Verfahren zu beschleunigen.

11 Weiterhin sollte Ziel der Regierung sein, die vollständige Kostenübernahme
12 einzuführen.

Begründung

Künstliche Befruchtung ist für viele Menschen und Paare eine Möglichkeit, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Nach der derzeitigen Rechtslage werden aber nur verheiratete, heterosexuell gelesene Paare unterstützt, in denen die weiblich wahrgenommene Person an einer Fertilitätsstörung leidet.

Die Ampel-Koalition regiert seit zwei Jahren und hat die finanzielle Unterstützung aller kinderloser Personen versprochen. Dennoch tut sich nichts und viele Menschen mit Kinderwunsch werden dabei allein gelassen und müssen häufig Kosten in Höhe von tausenden Euro allein tragen. Insbesondere für Menschen mit niedrigerem Einkommen ist dies häufig nicht tragbar.

Die selbsternannte "Fortschrittskoalition" sollte ihrer Verantwortung nachkommen und parteiübergreifenden Konsens endlich umsetzen.

Wir als Grüne Jugend sind dafür verantwortlich, die Regierung und vor allem die Grüne Partei an ihre Wahlversprechen zu erinnern und sie einzufordern. Daher bitten wir euch, für diesen Antrag zu stimmen.